

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

293 (17.12.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Mustestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.15 M mit, 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Samstags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 22 P., auswärts u. Kollektivans. 28 P., Reklame 1 M. Annahmefrist 8 Uhr vorm.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kappel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Die große Koalition gescheitert

Berlin, 17. Dez. (Eig. Bericht.) Die Sozialdemokratische Fraktion trat am Mittwochabend um 7 Uhr zu einer Besprechung der Verhandlungen über die Regierungsbildung zusammen. Die Beratungen dauerten bis 10 1/2 Uhr abends. Sie endeten mit einem mit großer Mehrheit angenommenen Beschlusse, der heute um 10 Uhr der interfraktionellen Konferenz überreicht wird, und den parlamentarischen Beschlüssen entsprechend erst dann im Wortlaut veröffentlicht werden soll. Der Beschlusse stellt vor allen Dingen fest, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in dem Ergebnis der geführten Verhandlungen „eine geeignete Grundlage“ für die Bildung der großen Koalition erblickt. Er anerkennt gleichzeitig die eifrigen Bemühungen des Republikaners Koch, um die Bildung einer in hohem Maße sozial und republikanisch gerichteten Regierung und führt die ablehnende Haltung schließlich auf das sich im Verlauf der Verhandlungen verwickelte Mißtrauen gegenüber der Volkspartei zurück.

Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie für die Beteiligung an einer Regierung der großen Koalition die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen als notwendig erachtet hat, die im Laufe der Besprechungen noch näher präzisiert wurden. Das war notwendig auf Grund der Erfahrungen aus der Vergangenheit und unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Weltanschauung, die eine Koalition wieder zu sprengen, sobald man glaubt, die Sozialdemokratie nicht mehr zu brauchen. Also genaue und genaueste Formulierungen mußten von der sozialdemokratischen Fraktion als Voraussetzung für eine Beteiligung an der Regierung gefordert werden. Es war bei der Einleitung der Volkspartei noch weiter erforderlich, bestimmte Gesetzwürfe auszuarbeiten und die Parteien auf sie zu verpflichten, bevor eine Regierung der großen Koalition überhaupt vor das Parlament trat. Der Abg. Koch hat zweifellos versucht die Sozialdemokratie weitgehend entgegenzukommen. Aber auch er war infolge der Haltung der sozialdemokratischen Vertreter nicht in der Lage, die allgemein ausgangspolitische Forderung seines Programms durch genaue Formulierungen zu erfüllen. Damit wurde die Ablehnung der Beteiligung an einer Regierung durch die Sozialdemokratie selbstverständlich. Sollte sie das Gegenteil beabsichtigen und sich mit einer allgemeinen Regierungserklärung abgeben, dann wäre der Augenblick nicht fern gewesen, in dem die Volkspartei unter dem Druck der Unternehmern versucht haben würde, aus dem mündlichen Zustandnis nach dem anderen abzurufen.

Die grundsätzliche Bereitschaft der Fraktion, sobald später die Voraussetzungen für eine Beteiligung an einer Regierung erfüllt sind, wird durch den letzten Beschlusse nicht im geringsten berührt. Das Programm vom 3. Dezember ist ebensowenig erledigt, es bleibt für uns der Maßstab, den wir an die Politik der fünften Reichsregierung anlegen werden. Es ist aber mehr als fraglich, ob diese Regierung von längerer Dauer ist. Vorläufig bricht alles dafür, daß die politischen und wirtschaftlichen Arbeiten der kommenden drei Monate unter Führung des Reichskanzlers Luther von einem bereits abgelehnten Kabinett erledigt werden, das zum größten Teil aus Beamten bestehen dürfte. Es wird also im wesentlichen um eine Ergänzung der letzten Kabinettsregierung durch Beamte sich handeln.

Der Beschlusse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat in der Berliner Presse eine großen Überraschung hervorgerufen. Die „Germania“ betrachtet den Beschlusse mit Recht als „das Ende der Verhandlungen über die große Koalition“ und mißt der Sozialdemokratie in Verkennung der wahren Sachlage die Hauptschuld an dem Scheitern der Verhandlungen bei. Sie schreibt dem weiter: „Für die Weiterentwicklung der bisherigen Verhandlungen, die das Zustandekommen der großen Koalition verhindert und in ihrer Überwindung gelaugt haben, sich durch die Flucht der Verantwortlichen zu können. Das wird sich bald als ein Irrtum herausstellen. Die kommende Regierung wird entweder ein Kabinett mit rechtsgerichteten Einschlag sein — dann mag man sich bei den Sozialdemokraten bedanken — oder ein politisch weniger abgefeimtes Kabinett, das dann doch nur mit stillschweigender Duldung der Sozialdemokraten regieren kann. Allerdings wie lange? Und was dann?“ Die „Völkische Zeitung“ schreibt dazu: „Es ist tief bedauerlich, daß die Sozialdemokratie in einem entscheidenden Augenblick nicht den Mut gefunden hat, über an und für sich berechnete Parteibedenken und schließlich nicht unbegründetes Mißtrauen hinweg zu tun, was ein Gebot der Notwendigkeit und der staatspolitischen Klugheit war. Die Sozial-

demokratie wird sich den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie sich negativ eingestellt hat, wo positives Handeln am Platze gewesen wäre. Jetzt ist eine Mehrheitskombination nicht mehr vorhanden. Was nun werden soll, ob jetzt Dr. Luther vom Reichspräsidenten mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt werden wird, oder ob Luther den Versuch macht, ein Kabinett der Mitte zustande zu bringen, das ist noch eine offene Frage.“

Der „Vorwärts“ sagt: „Der Verlauf der Verhandlungen über die Regierungsbildung hat den Eindruck bestätigt, daß sich an der Grundeinstellung der Volkspartei nichts geändert hat. . . Unter solchen Umständen müßten die Bemühungen des Herrn Koch scheitern. Das von ihm aufgestellte Programm kann als geeignete Grundlage zur Bildung einer großen Koalition nicht anerkannt werden. Eine Einigung über ein gemeinsames Programm wäre wahrscheinlich leicht gewesen, wenn die Verhandlungen nur zwischen Sozialdemokratie und Herrn Dr. Koch, bzw. den ihm Gesinnungsinnen zu führen gewesen wären. Sie waren zum Glück, weil sie zugleich auch mit Parteien geführt werden mußten, denen die sozialdemokratische Partei mit herzlichem Mißtrauen gegenübersteht.“

Die Reichspresse enthält sich vorläufig der Beurteilung der durch den Beschlusse der sozialdemokratischen Fraktion entstandenen Lage und zwar einmal aus taktischen Gründen, dann aber auch nachdrücklich, da der Beschlusse der sozialdemokratischen Fraktion erst in den späten Abendstunden bekannt wurde.

Die Sitzung der Volksparteier

Berlin, 17. Dez. (Eigener Funddienst.) Ueber die gestrige Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird offiziell gemeldet: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt eine etwa einstündige Sitzung ab, in der Abg. Dr. Scholz den Bericht über die Parteiführerbesprechung abgab. Besondere Beschlüsse wurden nicht gefaßt, sondern die Unterhändler ermächtigt, die entsprechende Entscheidung zu treffen.

Diese Meldung wurde in der sozialdemokratischen Fraktion bekannt, noch ehe ihre eigenen Beratungen über die Regierungsbildung abgeschlossen waren. Sie verstärkte den allgemeinen Eindruck, daß sich die Volkspartei um jede Stellungnahme nicht nur zu dem sozialdemokratischen Beschlusse, sondern auch zu dem Programm des Herrn Koch herumdrücken will und so bestärkte sie auch unsere Fraktion in der Auffassung, daß eine Grundlage für eine gemeinsame Arbeit mit der Volkspartei in den Verhandlungen nicht gefunden worden ist.



Reichsminister Dr. Koch

wurde mit der Regierungsbildung beauftragt. Dr. Koch, der vom Oktober 1919 bis Mai 1921 Reichsminister des Innern war, gehört der Deutsch-Demokratischen Partei an. Er wurde am 26. Februar 1875 in Bremerhaven geboren, wo er 1909 bis 1913 Stadtdirektor und Mitglied der Bürgerchaft war. 1913 wurde er zum Oberbürgermeister von Cassel gewählt und zum Mitglied des Preussischen Herrenhauses ernannt. 1919 gehörte Dr. Koch der Nationalversammlung, seit 1920 dem Deutschen Reichstag an.

himis gefaßt worden. Dagegen kam es über die Festlegung des Termins zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten. Die Anhänger der Regierungsbeteiligung verlangten die sofortige Einberufung und schlugen den 27. Dezember vor, aus der Erwägung heraus, daß mit der Möglichkeit einer neuen Regierungskrise durch die Berufung Doumeres zum Finanzminister in parlamentarischen Kreisen gerechnet wird, die Frage schon bald akut werden lassen könnte. Diesem Antrag traten die Gegner der Regierungsbeteiligung wie Paul Faurel, Comper Morel und Brade und andere entgegen. Mit 11 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung wurde schließlich beschlossen, den außerordentlichen Parteitag für den 16. Januar einzuberufen.

Ein Attentatsplan gegen Stresemann

Die beiden Komplizen verhaftet — Der eine deutsch-national, der andere deutschvölkisch

Aus Berlin wird über die Aufdeckung eines Attentatsplans gegen den Reichsaussenminister Stresemann berichtet, bei dem zwei Männer, die nach ihren eigenen Angaben zu den Rechtsparteien gehören sollen, verhaftet wurden. Ueber die jenationalistische Meldung liegen folgende Berichte vor:

Berlin, 16. Dez. (Eig. Bericht.) Die politische Polizei des Berliner Polizeipräsidiums hat 2 Angehörige rechtsstehender Parteien, und zwar den Sohn eines höheren Beamten, Karlsdorf, der in einem süddeutschen Orte als Arbeiter beschäftigt war, und den Bürogehilfen Lorenz, Sohn eines Oberstudienrates, verhaftet. Beide haben gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann ein Attentat geplant. Mit einem Dritten, der Maschinenflicker sein soll, haben sie die Einzelheiten des Planes genau besprochen und auch alle Vorbereitungen zu ihrer Flucht nach der Tat, die in einem Auszuge vor sich gehen sollte. Die Polizei entdeckte den Attentatsplan in einem Brief, den die beiden an einen Gesinnungsgenossen richteten, der aber vor der Durchführung des Planes zurückschreckte. Die Polizei hat die Verhafteten bereits dem Richter angeführt, der gegen beide Verhaftungsbefehle erlassen hat, da er bei ihrer Vernehmung den bestimmten Eindruck gewann, daß beiden bei ihrer politischen Einstellung und ihrer abenteuerlichen Laufbahn die verbrecherische Tat wirklich zuzutrauen wäre. Karlsdorf ist ein verbummelter Mademitter und überaus großer Dittleranhänger. Er betrachtet Stresemann als einen Volksheld, und suchte nach Mordbuben, die mit ihm die Tat ausführen sollten. Lorenz gehört nach seinen eigenen Aussagen der deutschnationalen Partei an. Das er schon einmal im Irrenhause war, hat Karlsdorf nicht geahnt, ihn zu seinem Plane zu verwenden.

Ueber den Attentatsplan gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann wissen die Blätter noch mitzuteilen, daß die Verhafteten Karlsdorf und Lorenz in den Siemenswerken in der Siemensstadt bei Berlin tätig waren. Karlsdorf bezeichnete sich bei der Vernehmung als deutschvölkisch, Lorenz als deutschnational. Aufgedeckt wurde der Plan dadurch, daß ein Münchener Rechtsanwalt, der früher der Völkischen Partei angehört hatte und an den sich die beiden Festgenommenen unter Mitteilung des Attentatsplanes mit der Bitte um geblidliche Unterstützung gewandt hatten, der Münchener Polizei Anzeige erstattete. Diese wandte sich darauf an das Berliner Polizeipräsidium, das sofort Karlsdorf und Lorenz verhaftete.

Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt, daß dieser Plan nicht der erste sei. Am Lobesberge Rathenaus seien im Garten des Ministeriums des Auswärtigen in der Dunkelheit von Personen, die sich der Festnahme durch die Nacht entzogen, Schüsse abgegeben worden. Auch kurz vor der Abreise der deutschen Delegation nach Locarno sei von mehreren amtlichen und privaten Stellen aus München und Berlin auf das Bestehen einer Verschwörung zur Ermordung des Reichsaussenministers hingewiesen worden. Verhängte Hochamkeit und besondere Vorkehrungsmaßnahmen hätten die Ausführung des Planes verhindert. Das Blatt schließt: Die unreifen verbreiteten Gerüchte interessieren weniger als die Frage nach den eigentlichen Urhebern der systematischen Mordbege. Darüber werde noch zu reden sein.

Der Reichsrat stimmt der Weihnachtshilfe zu

Berlin, 16. Dez. (Eig. Meldung.) Der Reichsrat stimmte am Mittwoch dem Beschlusse des Reichstags über die Reichsanleihe an Beamte und Kriegesbeschädigte vor Weihnachten zu. Die Durchführung dieses Beschlusses bedeutet für das Reich einen Aufwand von 34 Millionen, für die Eisenbahn einen solchen von 23 Millionen und für die Post einen solchen von 22 Millionen. Der Reichsrat genehmigte ferner die Verlängerung einer Verordnung, durch die die Ausfuhr von Kunstwerken, die einen nationalen Wert haben, bis zum 31. Dezember 1927 der Genehmigung unterstellt sind.

Keine Einschränkung der englischen Lufttrüftung

London, 17. Dez. Der englische Luftfahrtminister wies darauf hin, daß die britischen Luftstreitkräfte denen der nächstgelegenen Weltmächte in dem Verhältnis von einer Einheit gegen drei unterlegen seien. Die Regierung habe sich daher entschlossen, daß das Ausbauprogramm für die Luftstreitkräfte nicht angetastet werden dürfe. Der Minister richtete dann noch eine Mahnung an alle Nationen, dem englischen Beispiel zu folgen und ein Wettstreiten zu vermeiden.

Freigabe größerer Wohnungen

Der Berliner Magistrat beschloß den Blättern zufolge, sämtliche frei werdenden Wohnungen von fünf Zimmern aufwärts ab 1. Januar 1926 der Beschlagsnahme durch die Wohnungsämter zu unterwerfen. Weiter hat der Berliner Magistrat beschlossen, zur Deckung der Ausgaben für die Erwerblosen die Tarife der Straßenbahn und der Elektrizitätswerke zu erhöhen. Aus der Erhöhung der Elektrizitätstarife rechnet man mit einer Mehreinnahme von vier Millionen Mark.

Doumer französischer Finanzminister

Paris, 16. Dez. Senator Paul Doumer hat das ihm von Briand anbotene Finanzministerium angetreten. Briand hat den neuen Finanzminister um 7 Uhr abends dem Präsidenten der Republik vorgestellt.

Einberufung eines außerordentlichen Parteitag

Paris, 17. Dez. (Eigener Funddienst.) Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei hat gestern abend die Einberufung eines außerordentlichen Parteitaages beschlossen, der über die Haltung der Fraktion zu den aktuellen Fragen der Finanzpolitik und vor allem der event. Beteiligung an der Regierung Beschlusse fassen soll. Dieser Beschlusse ist ein-

Fort mit Gessler!

Zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch atmen wir außenpolitisch etwas freier. Ein sauberes Schritt zur europäischen Gemeinschaftsarbeit ist in Locarno getan. Die nakte Not hat die Staatsmänner auf den Weg vorwärts gestoßen, wohin sie dem „Geist“ nicht folgen wollten. Sie werden diesen Weg weitergehen, weil sie ihn geben müssen um Lebens oder Sterbens willen.

Insofern ist die Bahn klar für das 14. Kabinett der deutschen Republik. Mehr als bisher kann darum die Kraft konzentriert werden auf die Festigung und den sozialen Ausbau dieser Republik.

Die Sozialdemokratie hat sich den Verhandlungen über die Kabinettsbildung nicht verweigert. Aber sie fordert Garantien für die politische Linie, welche die kommende Regierung einzuhalten ernstlich entschlossen ist.

Und es ist kein Zufall, daß als erster zur Erörterung stehender Punkt „offenes Eintreten für die Republik, Abwehr aller monarchistischen Restaurationsversuche“ genannt ist.

Dazu genügt aber nicht ein Bekenntnis zur Republik in der Programmrede der neuen Regierung. Wie viele solcher Bekenntnisse haben wir eigentlich schon über uns ergehen lassen? Nein, es muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß jedes Mitglied dieser Regierung den ersten Teilweilen mitbringe zum Schutze unserer Republik.

Denn wenn der Einzelne sich selbst nicht ernst nimmt, so ist das seine Sache. Wenn aber ein Volk in seiner Vertretung sich selbst und seine selbstgeschaffene politische Existenzform nicht ernst nimmt, rührt es an die tiefsten Gesetze seiner Existenz.

Und darum, einfach aus Gründen politischen Ernstes und politischer Reinlichkeit muß die schwanke, gemütsch-schwache Gestalt des Herrn Gessler vom Schauplatz verschwinden.

Die Republik hat zum Schutze gegen ihre inneren Feinde die Reichswehr. Seit dem Vertrag von Locarno ist diese Aufgabe der Reichswehr eine völlig eindeutige. Niemand hat verkannt und wird verneinen, daß das Problem, ein zuverlässiges Heer im Sinne des republikanischen Gedankens aufzubauen bei uns in Deutschland besonders schwierig war. Die sozialdemokratische Partei hat dieser psychologischen Situation wahrlich genug Rechnung getragen.

Aber sechs Jahre ist eine lange Zeit. Was ist seitdem geschehen, um im Offizierskorps das Pflichtgefühl gegen die Republik zu färten, um die Fäden des heimlichen und offenen Hochverrats zu zerschneiden, die sich zwischen den Kavernen und den illegalen Verbänden hin- und herspannen?

Herr Gessler war immer der Harmlose. Er wußte von nichts, wenn ihm im Parlament oder in seinen Amtsräumen von ehrlich besorgten Republikanern die offenen Mißstände dargelegt wurden. Wenn die Zeitungen sich mit dem gefährlichen Soldatenpiel der vaterländischen Verbände beschäftigten und dabei auf den Mißbrauch der Reichswehrwaffen, der Verbandsverträge hinwiesen, dann reanete es „Landesverratsprozesse“. In der offenen Selbstschlacht des Parlaments aber mußte der bayerische Bischof seine Wirkung tun. Für das Empfinden der Weidenschaftlichen Vorgesetzten fehlte nicht nur Herrn Gessler sondern auch vielen Hören das Draußen.

Die gelegentlichen Deklamationen für die Republik können an diesem Bild nichts ändern.

Es ist kein Wunder, daß der republikanische Wille Gesslers von dem ihm unterstellten Offizierskorps nicht ernst genommen wurde, das sich in jeder gefährlichen Situation von seinem Minister abdeckt sah.

Die neueren Ereignisse zeigen den Abgrund, an den uns der sogenannte Demokrat auf dem Ministerstisch gebracht hat. Jeder, den die Götter nicht mit Blindheit geschlagen haben, weiß, was heute in Deutschland der Versuch bedeuten würde, die Monarchie wieder aufzurichten! Wir sind heute nicht mehr eine Republik ohne Republikaner. Und darum bedeutet ein drastischer erster Versuch den Bürgerkrieg, bedeutet zugleich, die wirtschaftliche Not unseres Volkes zum grauen Elend zu steigern.

Das wußten Sie, Herr Gessler! Und Sie wußten ferner, daß ein solcher Versuch nur gewagt werden kann, wenn die Hochverräter die Reichswehr auf ihrer Seite haben oder doch wenigstens sicher sind, daß sie Gewehr bei Fuß stehen wird.

Haben Sie sich nicht selbst das Todesurteil als verantwortlicher Minister gesprochen, als Sie der Meinung — oder nennen wir es Verleumdung — Ausdruck gaben, daß die Reichswehr in Bayern bei dem geplanten Königsputsch nicht eingreifen werde?

Aber das Schlimmste ist, daß Sie dann auch noch das Letzte veräumelten, um dieses politische Anfaß zu verhindern. Sie wußten um die Pläne. Und Sie schwiegen, wo es doch Ihre Pflicht als einer der obersten Beamten der Republik gewesen wäre, zu reden.

Das Angeficht der bayerischen Königsmacher hat fürs erste die Gefahr abgewendet. Aber das kann den Minister nicht seiner schweren Verantwortung entziehen. Fahrlässigkeit ist ein sehr milder Ausdruck für diese Sache.

Und ich bin überzeugt, wenn heute ein ernst zu nehmender Politiker zu Herrn Gessler kommt und ihm sagt: die Geschichte in Bayern ist mit dem verunglückten Vorstoß nicht abgetan, die Kleinwaffenläufe in den bayerischen Städten nehmen einen auffallenden Umfang an, die Verbindung zwischen „Bayern und Reich“ der Landespolizei und der bayerischen Reichswehr besteht fort und aus zahlreichen bayerischen Orten gehen Nachrichten ein über eifrige Übungen mit Schusswaffen, dann wird der Reichswehrminister lächelnd erklären, daß das letztere Gerüchte seien, daß er von seinen Vertrauensleuten — das sind die bayerischen Reichswehroffiziere, von denen er selbst weiß, daß sie im Ernstfall verjagen — anders unterrichtet sei und der Anfang geht weiter. Wie laune noch?

Solange es die Republikaner im deutschen Parlament dulden, daß das Instrument zur Sicherung der Republik in den Händen eines Mannes ruht, in dessen Brust eine republikanische und eine monarchistische Seele wohnt und dessen Mangel an Mut zum Durchgreifen notorisch ist.

Mit allem Ernst muß in dieser Stunde gesagt werden, daß die Sozialdemokratie diese Zustände nicht mehr länger zu dulden gewillt ist.

Die Reichswehr muß der Republik dienen. Kann das nicht erreicht werden, dann ist nicht einzusehen, zu welchem Zweck das verarmte Volk sich dieses gefährlichen Spielzeugs hält. Dann fort mit der Reichswehr.

Zunächst aber erwarten wir, daß Herr Gessler endgültig „aus Gesundheitsgründen“ jedes weitere Verbleiben im Amte ablehnt.

Aus der Justiz

Die beiden Richter im Magdeburger Eberthorweg-Bewerksdorf und Schulze sind im Dezemberheft der republikanischen Zeitschrift „Justiz“ vom Genossen Landsberg so treffend analysiert worden, daß sie in einem Staat, der auf die persönliche Ehre und die Sauberkeit seiner Beamten Wert legt, erledigt sein dürften. Gen. Landsberg betont ausdrücklich, daß er mit der Veröffentlichung des Aufsatzes absichtlich bis zum Ablauf der preussischen Amnestie gemartet habe, um, wenn notwendig, vor Gericht das Charakterbild dieser Ehrenmänner festzuhalten, denen der „latte“ politische Mord an dem Gen. Ebert leider nur zu gut gelungen ist.

Landsbergs Antrag, den Zeugen Szria zu fragen, ob mit ihm vorher von irgendeiner Seite ein Protokoll aufgenommen worden sei, wurde von Bewerksdorf abgelehnt. Warum? „Herr Bewerksdorf hatte schon vor der Hauptverhandlung geäußert, wenn Szria und der von ihm benannte Zeuge die Aufforderung Eberts zum Militärstreik befolgten, würde die Hauptverhandlung sich sehr rasch erledigen.“

Als der Kommunist Richard Müller sich dem Gericht als Zeuge anbot, war es Bewerksdorf nicht möglich, vor Landsberg die Verneinung zu verbergen, die in ihm der Inhalt dieses Schreibens auslöste. „Ich kann mir lebhaft vorstellen“, schreibt Landsberg, „mit welcher Freude er dem Reichsminister Schulze von dem Glanzfall Mitteilung gemacht hat. Wenn mir berichtet würde, daß er im Gespräch mit Herrn Schulze begeistert ausgerufen habe: „Jetzt lassen wir ihn!“, würde ich darüber nicht erschauern.“

Herr Bewerksdorf ist aber keineswegs ein Verächter einer klotten Karriere in der republikanischen Justiz gewesen und hat, wie Landsberg berichtet, keineswegs darauf verzichtet, republikanische Politiker zur Verfeinerung seiner Beförderung anzuspornen. So schreibt Landsberg: „Bewerksdorf hat gezeigt, daß er selbst in den schärfsten politischen Gegnern nicht die Neigung zuraut, sich in Personenfragen von politischer Antipathie beeinflussen zu lassen. Andernfalls wäre es nicht erklärlich, daß er einen höheren, der Sozialdemokratie anhängenden Beamten gebeten hat, seine Bewerbung um den Magdeburger Direktorenposten zu befürworten.“

Herr Amtsgerichtsrat Dr. Schulze hat sich, wie die Verhandlung des Magdeburger Prozesses in zweiter Instanz bewies, seines Kollegen Bewerksdorf würdig erwiehen. Als Zuhörer im Gerichtssaal fiel den beiden Richtern der Gen. Scheidemann auf. Bewerksdorf sagte: „Da ist ja Philipp.“ Herr Schulze erwiderte mit Nachdruck: „Dieses Schwein!“ Als die beiden Richter von Scheidemann durch einen Strafantrag zum Neben gewonnen wurden, leugneten sie alle beide.

Unser Magdeburger Parteiblatte hatte sich von Herrn Bewerksdorf einen Strafantrag wegen seiner Kritik des Magdeburger Urteils ausgedenkt. Der veronimliche Schriftleiter reichte daraufhin eine Schutzschrift ein, in der unter Beweis gestellt wird, daß Bewerksdorf in vertrautem Kreise geäußert hat: „Ich habe dem Reichsanwalt Martin dem Verleüder (Kotzardis) famose Tiraden gegeben, um Scheidemann nachsichtig zu machen. Martin hat leider davon keinen richtigen Gebrauch gemacht.“ Und dieser Mann sprach Recht über die Ehre des höchsten Beamten der Republik!

Die Lohnsteuer und die Stellung der bürgerlichen Parteien hierzu

Als bei der vorletzten Regelung der Lohnsteuer im Oktober d. J. die Sozialdemokratische Partei, den steuerfreien Teil für den Arbeitnehmer auf 100 M im Monat festsetzen wollte, da konnten die bürgerlichen Parteien nicht laut genug werden, daß dieser Antrag der Sozialdemokratie nur aus Motivationsgründen gestellt worden sei und lebten ihn ab. Auch die Demokraten und Zentrum stimmten gegen diesen Antrag und es wurde dann der steuerfreie Teil auf 80 M im Monat festgesetzt. Da man aber einwarf, daß die Lohnsteuer Hunderte von Millionen mehr einbrachte, als wie eigentlich vorgesehen war, entließ man sich, wieder auf Drängen der Sozialdemokratie, den steuerfreien Teil etwas zu erhöhen. Er soll vom 1. Januar 1926 ab 100 M betragen. Es war nun er göttlich mit anzusehen, wie sich die bürgerlichen Parteien, allen voran das Zentrum, gegenseitig überboten und den höchsten Betrag beantragten, aber nicht etwa aus Motivationsgründen, Gott bewahre, das machen nur die Sozialdemokraten. Diesmal wollten sie unbedingt den Lohnempfängern helfen, aber ihre Hilfe kommt reichlich zu spät. Jetzt wo sie sehen, daß die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten immer mehr ins Elend kommen, jetzt, wo hunderttausende inzwischen mehr arbeitslos geworden sind, jetzt endlich sehen sie es ein, daß man den Arbeitnehmer etwas mehr steuerfrei lassen sollte. Dätten sie damals für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt, hätten sie ihre soziale Hilfsbereitschaft für die unteren Schichten beweisen können, aber da haben die Herrschaften verfaßt, das können sie nicht wealgenen.

Dasselbe haben wir bei der Frage der Erwerbslozenfürsorge und der Besoldung der Beamten. Der Antrag der Sozialdemokratie auf Erhöhung der Erwerbslozenunterstützung um 50 Pf. wurde abgelehnt und 20 Prozent genehmigt, was sich noch rächen wird, denn mit dieser kleinen Erhöhung wird heute kein Arbeiter seine Familie ernähren können. So auch bei der Beamtenbesoldung. Der Antrag der Sozialdemokratie im September d. J. auf Erhöhung des Steuerzuschlages von 12% auf 20 Prozent wurde mit den Stimmen des Zentrums und Demokraten abgelehnt. Im badischen Landtag waren sie dafür, im Reich lehnten sie es ab. Heute sehen wir, daß die Sozialdemokratie recht gehabt hatte, als sie den Antrag damals stellte. Aber auch heute hat man den sozialdemokratischen Antrag, den Gruppen 1-6 30 Prozent und den Gruppen 7-9 20 Prozent zu geben, abgelehnt. Ob nun bald die Arbeiter, Angestellten und Beamtenklasse erkennen, wie in Zukunft gewählt werden muß?

Aus dem Reichsrat

Unterstützung der durch die Steuererhöhung brotlos werdenden Tabakarbeiter
Berlin, 15. Des. Die achtzigste Vollsitzung des Reichsrates, die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert stattfand, beschäftigte sich mit dem Entwurf von Ausführungsverordnungen zur Sonderuntersuchung an Hausgewerbetreibenden, Angestellten und Arbeiter im Tabakgewerbe und den durch dieses mitbeschäftigten Gewerben. Die Regierungsvorlage beruht auf einem Artikel des neuen Tabaksteuergesetzes vom August dieses Jahres. Es handelt sich um Kürzungsbestimmungen für Tabakarbeiter, die durch die Steuererhöhung brotlos geworden sind. Die Ausschüsse des Reichsrates haben an der Regierungsvorlage im ganzen noch unüberblich, mehr redaktionelle Veränderungen vorgenommen. In einem Punkte aber, so betonte der Berichterstatter, Ministerialrat Bacht, ergab sich eine große Meinungsverschiedenheit, nämlich in der Frage der Kostenerstattung an die in Frage kommenden Gemeinden und Bezirke. Nach der Regierungsvorlage sollten die Kosten nur zu 75 Prozent den Gemeinden vom Reich zurückgestellt werden, so daß diese selber 25 Prozent zu tragen gehabt hätten. Von der badischen Regierung, die von einer ganzen Anzahl anderer Länder unterstützt wurde, wurde eine Wiederherstellung von wenigstens 90 Prozent durch das Reich verlangt. Die Reichsregierung erhob dagegen wesentliche Bedenken. Insbesondere wurde von ihr betont, daß in diesem Falle von den Gemeinden mit den Unterstellungen nicht soviel genau vorgesehen werden würde. Von Seiten der Länder, die anderer Auffassung waren, wurde geltend gemacht, daß es sich um besonders arme Gemeinden handele, in denen im wesentlichen nur Tabakarbeiter wohnten und wo die Verhältnisse von selbst dazu führen würden, daß die Gemeinden bei Verwendung der Mittel sorgfältig vorzugehen. Nach längerer Verhandlung einigten sich die Ausschüsse auf 80 Prozent. In dieser Fassung wurde die Vorlage von der Vollversammlung angenommen. Der Berichterstatter von Hessen, Gebrandt v. Siegel, erklärte: Es handelt sich hier um eine besondere Maßnahme, die sich von der gewöhnlichen Erwerbslozenfürsorge unterscheidet, womit eine neue Aufgabe geschaffen wird. Meine Regierung ist der Meinung, daß die Kosten ganz vom Reich zu tragen wären, mindestens aber zu 90 Prozent. Angesichts der Situation wollte ich nur diese Bedenken vorbringen, ich enthalte mich aber der Abstimmung und erwäge für Hessen das Protokoll offen zu halten. — Dielem Wunsch des badischen Vertreters wurde entsprochen.

ten zur Sonderuntersuchung an Hausgewerbetreibenden, Angestellten und Arbeiter im Tabakgewerbe und den durch dieses mitbeschäftigten Gewerben. Die Regierungsvorlage beruht auf einem Artikel des neuen Tabaksteuergesetzes vom August dieses Jahres. Es handelt sich um Kürzungsbestimmungen für Tabakarbeiter, die durch die Steuererhöhung brotlos geworden sind. Die Ausschüsse des Reichsrates haben an der Regierungsvorlage im ganzen noch unüberblich, mehr redaktionelle Veränderungen vorgenommen. In einem Punkte aber, so betonte der Berichterstatter, Ministerialrat Bacht, ergab sich eine große Meinungsverschiedenheit, nämlich in der Frage der Kostenerstattung an die in Frage kommenden Gemeinden und Bezirke. Nach der Regierungsvorlage sollten die Kosten nur zu 75 Prozent den Gemeinden vom Reich zurückgestellt werden, so daß diese selber 25 Prozent zu tragen gehabt hätten. Von der badischen Regierung, die von einer ganzen Anzahl anderer Länder unterstützt wurde, wurde eine Wiederherstellung von wenigstens 90 Prozent durch das Reich verlangt. Die Reichsregierung erhob dagegen wesentliche Bedenken. Insbesondere wurde von ihr betont, daß in diesem Falle von den Gemeinden mit den Unterstellungen nicht soviel genau vorgesehen werden würde. Von Seiten der Länder, die anderer Auffassung waren, wurde geltend gemacht, daß es sich um besonders arme Gemeinden handele, in denen im wesentlichen nur Tabakarbeiter wohnten und wo die Verhältnisse von selbst dazu führen würden, daß die Gemeinden bei Verwendung der Mittel sorgfältig vorzugehen. Nach längerer Verhandlung einigten sich die Ausschüsse auf 80 Prozent. In dieser Fassung wurde die Vorlage von der Vollversammlung angenommen. Der Berichterstatter von Hessen, Gebrandt v. Siegel, erklärte: Es handelt sich hier um eine besondere Maßnahme, die sich von der gewöhnlichen Erwerbslozenfürsorge unterscheidet, womit eine neue Aufgabe geschaffen wird. Meine Regierung ist der Meinung, daß die Kosten ganz vom Reich zu tragen wären, mindestens aber zu 90 Prozent. Angesichts der Situation wollte ich nur diese Bedenken vorbringen, ich enthalte mich aber der Abstimmung und erwäge für Hessen das Protokoll offen zu halten. — Dielem Wunsch des badischen Vertreters wurde entsprochen.

Aus dem Freistaat Baden

Badischer Landtag

Am Freitag, 18. Dezember, nachmittags 1/2 Uhr, tritt der Landtag wieder zusammen. Die Tagesordnung lautet:

- 1. den Gesetzentwurf über die Ergänzung des Verzeichnisses der Landräten, Berichterstatter Wg. von Au;
- 2. den Gesetzentwurf über Aufnahme einer Anleihe durch das Land Baden, Berichterstatter Wg. Martin;
- 3. den Gesetzentwurf über die Landeserbschaftssteuer; und
- 4. Antrag des Herrn Finanzministers auf Vorwegbemittlung von Ausgaben für Bauunterhaltungsarbeiten für das Rechnungsjahr 1926.

Aus dem Reichsrat

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung hat in seiner vorletzten Sitzung den Antrag des Zentrums über Offenhaltung der Kaufhäuser in Landorten bis 8 Uhr abends behandelt. Der Berichterstatter beantragte mit Rücksicht auf die reichsrechtliche Regelung dem Antrag die Genehmigung zu verjagen, insbesondere auch wegen der guten Durchführung der schließlichen Arbeitszeit der Angestellten. Ein Zentrumredner setzte sich für den Antrag ein mit Rücksicht auf die Verhältnisse der kleinen Landorte in der Hauptzeit. Der Antrag wurde mit 11 gegen 7 Stimmen, bei 3 Stimmenthaltenungen abgelehnt. In dem Antrag des Zentrums wurde mit 11 gegen 7 Stimmen ein fürsorglicher Antrag des Zentrums angenommen, wonach die Bezirksämter neue Erhebungen veranstalten sollen, ob in Konjunkturzeiten das Bedürfnis besteht, die Ladenöffnungszeiten auf 8 Uhr abends festzusetzen.

Weiter kam der Antrag der Kommunisten zur Verhandlung über Gewährung von Straffreiheit für alle aus politischen Motiven anlässlich politischer und wirtschaftlicher Bestrebungen der Arbeiterklasse begangenen Straftaten. Der Berichterstatter führte aus, daß die badische Amnestie weit über die Reichsamnestie hinausgegangen sei und besonders auch in einzelnen Begebenheiten ihre Wirkungen ausgedehnt habe. Es geht nicht an, daß das Staatsfundament der republikanischen Verfassung durch die Amnestie gefährdet wird. Der Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die Stimme des kommunistischen Vertreters abgelehnt. Gegenüber dem Antrag der Kommunisten, die Reichsregierung aufzufordern, eine allgemeine Amnestie für politische Straftaten zu erlassen, für die Fälle der §§ 218 und 219 des St.G.B. (Abtreibung) Straffreiheit zu gewähren, angenommen die Fälle der neuerwerblichen Abtreibung, ebenso der Antrag der Kommunisten, bei der Reichsregierung wegen eines Straffreiheitsgesetzes für diese Delikte hinzuwirken.

Die sogenannte „Reichsverbandsprüfung“ der nichtstaatlichen Lehranstalten

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die sogenannte „Reichsverbandsprüfung“, die an den nichtstaatlichen Lehranstalten in Baden und im übrigen Reich abgehalten wird, durchaus privaten Charakter hat. Diese Prüfung soll jungen Leuten, denen die Reife für Oberstudium fehlt, Gelegenheit geben, ein „Mittelstudium“ zu erwerben, den Eintritt in bestimmte Berufe oder Fachanstalten nachzuweisen. In Anbetracht der entsprechenden Angaben der früheren Einährungsprüfung.

Der Reichsausschuss hat die Anschauung vertreten, daß an einer solchen Prüfung ein Bedürfnis nicht vorläge. Nachdem die Einährungsprüfung in Baden, die früher vor einer besonders eingesetzten Kommission abgehalten werden können, durch das Reich aufgehoben sei, könne aus einer Ersatzverantwortung für diese Prüfung staatlicherseits eine Bedeutung nicht beigemessen werden. Die frühere Einährungsprüfung werde lediglich durch die an einer öffentlichen Lehranstalt abgelegte Prüfung zum Nachweis der Reife für die Oberstudium ersetzt.

Hiernach kann eine solche private Prüfung keinerlei Ersatz für eine staatliche Prüfung bilden. Sie wäre daher auch für die etwaige spätere Zulassung zu öffentlichen Berufen ohne jede Bedeutung, wie ihr Bestehen auch nicht von der Ablegung einer Aufnahmeprüfung in die Oberstudium einer öffentlichen Lehranstalt befreit kann. Im Hinblick hierauf könnte auch Lehren öffentlicher Schulen nicht gestattet werden, an der Abhaltung solcher Prüfungen zu beteiligen, selbst wenn ihnen die Genehmigung zum Unterrichten an den betreffenden nichtstaatlichen Anstalten erteilt worden sein sollte.

Durch eine solche Prüfung würde überdies der organische Aufbau des Schulwesens, wie er nach den Bestimmungen der Reichsverfassung vorgezeichnet ist, unzulässig beeinflusst werden, da die Prüfung in der systematischen Ausgestaltung des Schulwesens keine innere Begründung finden würde.

Soziales

Ausschussführung der Landesversicherungsanstalt Baden

Der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Baden hat am 12. Dezember mit dem Gesamtvorstand und in Anwesenheit von Vertretern der Regierung und Behörden seine ordentliche Jahresversammlung in Karlsruhe abgehalten.

Der Voranschlag für 1926 weist in Einnahmen und Ausgaben 23 940 000 M. nach. Aus den Darlegungen des Anstaltsvorstandes Präsidenten Jung ging hervor, daß der Voranschlag für 1926 durch die Reichsgehalte vom 23. März und 28. Juli 1925 sehr Gerüde erhält.

Aus den Mitteilungen zur Aufwertungsfrage ist nach erwähnenswert, daß sich bei der Regelung mit den versicherten Arbeitnehmern, die als Darlehensschuldner der Anstalt in Betracht kommen, keinerlei Schwierigkeiten ergeben haben.

Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes Oberregierungsrat Kauffmann führte u. a. aus, daß für Heilberfahren etc. 2 671 000 M. angefordert werden.

Neu aufgenommen sind ferner Kurzen in Mingsheim gegen Kuratulofo und Scrofulose. Weiter ist beabsichtigt, die Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten zu eröffnen.

In der anschließenden gründlichen und sachlichen Aussprache wurde es u. a. bekräftigt, daß nimmermehr die Einheitsrenten durch die Individualrenten ersetzt sind.

Der Voranschlag für 1926 weist in Einnahmen und Ausgaben 23 940 000 M. nach. Aus den Darlegungen des Anstaltsvorstandes Präsidenten Jung ging hervor, daß der Voranschlag für 1926 durch die Reichsgehalte vom 23. März und 28. Juli 1925 sehr Gerüde erhält.

Der Reichstag beschließt die Senkung der Lohnsteuer

Eine Rechtfertigung der sozialdemokratischen Steuerpolitik

Berlin, 16. Dez. (Eig. Bericht.) Die Mittwochssitzung des Reichstags brachte eine späte Rechtfertigung der sozialdemokratischen Steuerpolitik.

Sitzungsbericht

aus der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Senkung der Lohnsteuer.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses wird u. a. die Einkommensteuer nicht festgesetzt, wenn die Einnahmen des Steuerpflichtigen weniger als 1900 M. im Jahre betragen.

Abg. Sölllein (Komm.) begründet Anträge seiner Fraktion, die den steuerfreien Betrag der Lohnsumme über den Ausgabebetrag hinaus erhöhen wollen.

Abg. Dr. Gerete (D.M.) erklärt, seine Freunde würden nach der Regierungserklärung schmerzhaft darauf verzichten, den weitergehenden Anträgen der Linken zuzustimmen.

Abg. Sölllein (Komm.) begründet Anträge seiner Fraktion, die den steuerfreien Betrag der Lohnsumme über den Ausgabebetrag hinaus erhöhen wollen.

stükt werden. Die Deutsche Volkspartei halte an den Ausschussanträgen fest und könne dem Antrag Gerete zu. Sie richte aber an die Regierung das Ersuchen, in eine Nachprüfung einzutreten, in welcher Weise eine Ermäßigung der Abzüge der kinderreichen Familien durchgeführt werden kann.

Abg. Dr. Herk (Sos.) bezeichnete die Regierungsvorlage mit den Ausschussbeschlüssen als eine nachträgliche Rechtfertigung der von den Sozialdemokraten bei der Steuerreform eingenommenen Haltung.

Abg. Horlacher (Bayer. Vp.) bekräftigt den auch von den Deutschnationalen unterstützten Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Betrages für über 18 Jahre alte Kinder.

Abg. Altes (Wirtsch. Vp.) weist auf die Notlage der vielen kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden hin, die vielfach schlechter dastünden als die Gehalts- und Lohnempfänger.

Abg. Lude (Wirtsch. Vp.) weist die Angriffe des kommunistischen Redners gegen die Dauscher zurück.

Die Vorlage wird darauf auch in dritter Lesung angenommen und mit ihr auch die Einkommensteuer der Abg. Frau Wack zuzunehmen der kinderreichen Familien.

Der Antrag Horlacher wird dem Steuerausschuss überwiesen. Unter Ablehnung aller weiteren Abänderungsanträge wird die Vorlage in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Die Vorlage wird darauf auch in dritter Lesung angenommen und mit ihr auch die Einkommensteuer der Abg. Frau Wack zuzunehmen der kinderreichen Familien.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

stahls und geriet mit ihm in Streit. Westermann stieß dabei den Schlegel vor die Brust, jedoch hinter Überfell und das Genick brach. Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten Westermann zu einer Gesamtstrafe von acht Monaten, wovon zwei Monate Untersuchungshaft abgezogen werden.

In der Nachmittagsstunde hatte sich der Arbeiter Karl Wilhelm Stahl aus Göttingen wegen Meneids zu verantworten. Er hatte bei der Leistung eines Offenbarungseides ein Fahrrad verschwiegen, das sich in seinem Besitz befand.

Aus der Stadt Durlach Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold In der am 12. Dezember im Lokale zur „Traube“ stattgefundenen Hauptversammlung des Gesamtverbandes der Ortsgruppe Durlach des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wurden zwei wichtige Punkte der Tagesordnung eingehend beraten.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

Abg. Wünnig (Ztr.) erklärt die im Antrage Horlacher enthaltene Forderung an und beantragt die Überweisung des Antrages an den Steuerausschuss, damit dort ein Weg zur Verwirklichung dieser Forderung gesucht werden kann.

tragen, daß der republikanische Staatsgedanke immer mehr im Volke befestigt wird, zum Wohle für das ganze deutsche Vaterland. „Frei Heil!“

Die Viehzählung vom 1. Dezember ds. Js. hatte folgenden Ergebnis (die Zahlen in Klammern bedeuten das Ergebnis vom 1. Dez. 1924): Pferde 273 (261), Kanarienvögel 3 (5), Rindvieh 549 (545), Schweine 804 (1221), Schafe 137 (120), Ziegen 652 (788), Gänse 745 (1141), 289 (379), Hühner 8691 (8794), Kaninchen 1280 (-), Bienenvölker 101 (144) und Bunde 741 (754). — Während Pferde, Rindvieh und Schafe eine kleine Zunahme zu verzeichnen haben, besteht bei allen anderen Tierartungen (abgesehen von Kaninchen, die ebenfalls von der Zählung erfasst wurden), eine teilweise sehr starke Abnahme, so bei Schweinen annähernd 35 Proz., Ziegen 10 Proz., Gänse ca. 30 Proz. usw. Auch die Bunde haben sich trotz der hohen Steuer nur wenig vermehrt.

Gemeindepolitik

Abtät bei Bruchsal. Der Bürgerversammlung genehmigte eine Umlage von 30 Pfa. zur Deckung des Defizits von 14 123 RM. aus dem Gemeindevoranschlag für 1925/26.

Bürgerversammlung Unterwissem

Letzten Donnerstagabend fand auf dem Rathaus eine Bürgerversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Festsetzung der Gemeindepolitik 1924/25; 2. Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 1925/26; 3. Beschiedenes. Zu Vorlage 1 gab Redner Häuser die Einnahmen sowie die Ausgaben vom Jahr 1924/25 bekannt und stellte fest, daß gut gewirtschaftet und ein kleiner Überschuss beim Abschluß erzielt worden ist. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. — Zur Beratung des Voranschlags 1925/26 las Redner Häuser die Einnahmen sowie die Ausgaben vor; der Umlagefuß stellte sich wieder auf 30 Pfa., genau wie im Vorjahr, 5,5 Umlage und 3,5 Kreissteuer. Auch wurden dieses Jahr 600 M. eingestellt zur Ausarbeitung eines Projektes vom Kulturbauamt Heidelberg für eine Wasserleitung, was längst der Wunsch vieler Bürger von hier ist. Wir hoffen, daß der Wunsch nach einer Wasserleitung bald in Erfüllung geht! Der Voranschlag wurde mit sämtlichen gegen 1 Stimme angenommen. Unter „Beschiedenes“ waren mehrere Anträge gestellt, deren Erfüllung von Herrn Bürgermeister ausgelagt wurde. Zum Schluß teilte Bürgermeister Kucherer noch mit, daß der Steuereinschreiber Müller beim Gemeinderat vorstellig geworden sei wegen eines Bauplatzes. Der Gemeinderat hat sich auch geeinigt und wird die nötigen Vorarbeiten dazu treffen, um mit Herrn Müller zu einem gütlichen Abschluß zu gelangen.

Die Mieterschubbestimmungen erlitten durch den Gesetzesentwurf, der jedoch vom Reichsrat angenommen wurde und nun dem Reichstag zugeht, in mehrfacher Beziehung eine erhebliche Lockerung. Bei unbilliger Mietzahlung wird die Aufhebungsklage erleichtert, die Erbschaftssteuer bei Minderungen gemindert, und auch sonst liegt eine Reihe wichtiger Veränderungen bevor. Den Entwurf, der für Vermieter wie Mieter von gleicher Bedeutung ist, befragt Kammergerichtsrat Günther im oben erschienenen zweiten Heft des neuen Zentralblattes für das gesamte Wohnungswesen: Deutsches Wohnungs-Archiv (Verlag von Otto Viehmann, Berlin W. 57, Potsdamer Str. 96. Preis vierteljährlich 4,50 Mark.). Seine Bemerkungen werden bei der parlamentarischen Behandlung des Entwurfs eine wesentliche Rolle spielen. Das Heft berichtet ferner auch über die kommende Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft, über „hygienische Wohnungs- und Familienfrage“ des Direktors der Charité Küster und des Sanitätsrats Dr. Sesse, über „Recht und Billigkeit im Wohnungswesen“ vom Richter Dr. Waldow, über die „Festlegung der Friedensmiete“ vom Gewerbeschlichter Genthke, die „Wohnungsverhältnisse in den Vereinigten Staaten“ von Oberbaurat Dr. Brandt sowie über zahlreiche Fragen aus der Praxis der Mietverhältnisse, deren Lösung und damit der Praxis dienen will, ist auf dem besten Wege und wird sich für Wohnungs- und Mietverhältnisse, deren Vorsitzende und Beisitzer, die Stadtverordnungen, Baubeamten, alle auf dem Gebiete des Bauwesens tätige Personen und Firmen, Haus- und Grundstücksbesitzer, Bau- und Siedlungsgesellschaften und Parlamentarier bald als unentbehrlich erweisen. Sie hält alle diese Kreise über die Fortentwicklung des Wohnungswesens in Wissenschaft und Praxis ständig auf dem Laufenden.



Wer-gewinnt Die 4 Zimmer Einrichtung!

Das ist hier die Frage. — Tragen Sie zu ihrer Lösung bei und kaufen Sie ein Los aus der Wertlotterie der Arbeiterwohlfahrt

Verkaufsstellen: Karlsruhe: Kaufhaus Gschw. Knopf, Kaiserstraße 147-151, Georg Mannes, Karl Friedrichstraße 20, Volksbuchhandlung, Adlerstraße, Brauereigehäuse Dr. Köpfer, Ecke Rumpel- und Kriegerstraße. Durlach: Konsumverein Durlach und Umgegend. Baden-Baden: Bezirkskonsumverein Baden-Baden, Leopoldstraße 17.

Das Erwerbslosen-Glend

Erwerbslosendemonstration in Mannheim
Mannheim, 16. Dez. In den geistigen Abendstunden veranstaltete eine große Anzahl Erwerbsloser einen Umzug durch die Straßen und versammelte sich vor dem Rathaus, wo der Bürgerversammlung über Kostensparmaßnahmen zu beschließen hatte. Bei dem Umzug wurden Fahnen und Plakate mit den Aufschriften „Was bekommen die Fiskus?“ und „Was bekommen die Erwerbslosen?“ getragen. Die Demonstranten wollten auf diese Weise den von den verschiedenen Parteien eingebrachten Anträgen auf Erwerbslosenbeihilfe entsprechenden Nachdruck verleihen. Zu Zwischenfällen ist es — wie bisher verlautet — nicht gekommen.

Ein sozialdemokratischer Antrag zugunsten der Erwerbslosen angenommen

Mannheim, 16. Dez. Der Bürgerversammlung der Stadt Mannheim hielt gestern nachmittags seine letzte diesbezügliche Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Oberbürgermeister Dr. Kuser Mitteilung von dem durch den Rücktritt des ausländischen Kreditgebers erfolgten Scheitern der Auslandsanleihe der badischen Städte, an der Mannheim mit etwa 2,25 Millionen Mark beteiligt werden sollte. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung über den Haushaltsplan 1925. Ueber die Frage der Erwerbslosenbeihilfe, zu der Anträge des Zentrums, der Kommunisten und der Sozialdemokraten vorliegen, entspann sich eine lebhaft geführte Debatte, die mehr als zwei Stunden dauerte. Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag, dem der Stadtrat nach kurzer Beratung seine Zustimmung erteilte, in der Abstimmung angenommen. Dieser Antrag sieht die Bereitstellung von 600 000 Mark zur Unterhaltung der Erwerbslosen vor. Zur Deckung dieser Mehrausgaben wird der Umlagebetrag von 45,6 auf 59,6 Pfa. erhöht.

Produktive Erwerbslosenfürsorge

Bochum, 15. Dez. (Eig. Bericht.) Ein Teil der Kommunen des unter der Arbeitloskeits leidenden rheinisch-westfälischen Industriegebietes wird demnächst die Initiative zur Bildung einer Zentralstelle für produktive Erwerbslosenfürsorge zum Zweck einheitlicher Organisation der Ausführung von Kostensparmaßnahmen ergreifen. Fast sämtliche von den einzelnen Kommunen bei den zuständigen Stellen in Berlin unternehmen Schritte, die auf Maßnahmen zur Verringerung des Glendes unter den Erwerbslosen hinstreben, sind bisher im allgemeinen erfolglos geblieben. Die bei den Ministerien vorherrschende bürokratische Einstellung und die Kompetenzstreitigkeiten der einzelnen Regierungsstellen haben bisher der Durchführung eines großzügigen produktiven Erwerbslosenprogramms hindernd im Wege gestanden. Eine Reihe von Stadtverordnungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat bereits in Berlin Vorstöße unterbreitet, die darauf hinstreben, daß Reich und Staat zu den bisherigen Beiträgen für die Erwerbslosenunterstützung und für die Höhe der ausgerechneten Erwerbslosen der Städte einen Zuschuß von 25 bis 30 Prozent gewähren. Mit diesen Summen könnte fast mit einem Schlag die unproduktive Erwerbslosenfürsorge in eine produktive umgewandelt werden. Auf diese Weise würde die Ausführung einer Reihe dringender öffentlicher Arbeiten, wie die Eisenbahn- und Straßenbauprojekte, möglich. Die Bildung einer Zentralstelle für Kostensparmaßnahmen soll dem Verbandsvorstand des Siedlungsverbandes für den Ruhrbezirk übertragen werden. Die Verhandlungen innerhalb der im Frage kommenden Stadtverordnungen werden in den nächsten Tagen eingeleitet.

Ein Ertrag des preussischen Wohlfahrtsministers

Der preussische Wohlfahrtsminister hat in einem Ertrag zur Verringerung des Erwerbslosenglendes an die ihm unterstellten Behörden folgendes angedeutet: Dem raschen Anwachsen der Erwerbslosenziffern steht eine ungenügende Vermehrung der Arbeitslosen gegenüber. Die Kostensparmaßnahmen werden daher ergriffen, mehr als bisher zur beschleunigten Spannarbeit neuer Kostenspararbeiten zu schreiben. An dem Angebots der finanziellen Notlage einer Reihe von Kommunalverwaltungen die Durchführung von Kostenspararbeiten zu erleichtern, erklärt sich der Minister damit einverstanden, wenn für diejenigen Arbeiten, bei denen anrechnungsfähige Erwerbslose aus solchen Gemeinden beschäftigt werden, in denen die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger mindestens 2 Prozent der Einwohnerzahl erreicht, die Förderung mit Wirkung vom 15. Dezember ab über die bisherige Höchstgrenze des 3/4fachen der Erwerbslosenunterstützung, hinaus bis zum 1/2fachen der Kostenspararbeiten nicht das unerlässliche Maß übersteigen. Ferner weist der Minister darauf hin, daß nach § 12 der Bestimmungen über öffentliche Kostenspararbeiten die Grundförderung in der Regel nur das Einfache der erparnten Erwerbslosenunterstützung betragen darf und nur in Ausnahmefällen bei Zuschüssen das 1 1/2fache und bei Darlehen das 2/3fache erreichen darf.

Kleine badische Chronik

Florsheim. Am benachbarten Gillingen brach in der Wirtschaft zur „Linde“ ein Streit aus, wobei das Messer wieder einmal eine große Rolle spielte. Der 37 Jahre alte Goldarbeiter Adolf Schmarz nach Hindenburg auf die anwesenden Gäste ein. Dabei wurde der am Streit teilnehmende Goldarbeiter, so unglücklich von diesem am Hals gestochen, daß er ihm die Schlagader durchschlug. Die Verletzungen waren derart schwer, daß kurz Zeit darnach gestorben ist. Er hinterließ Frau und drei Kinder. Der Täter wurde sofort verhaftet.

Freiburg. Der bekannte Berliner Theaterkritiker Julius Bab, der hier einen Vortrag hielt, war nicht wenig überrascht, als er plötzlich verhaftet wurde. Ein Hochstapler hatte unter seinem Namen eine Reihe von Betrugsereien ausgeführt und wird jetzt von der Polizei verfolgt. Das Mißverständnis war bald aufgeklärt und Bab wurde wieder freigelassen.

Badensbrunn. Dienstag mittag brach in dem früheren Brauhaus des „Falten“, der heutigen Spannfabrik Feuer aus, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Durch die großen Wurzeln im Innern des Hauses konnte das Feuer sich rasch und stark entwickeln, so daß die herbeigekommenen Feuerwehren sich allein auf die schwer bedrohten Nachbarhäuser beschränken mußten.

Waldmadingen bei St. Blasien. Infolge eines Kamindesfalls entstand im Anwesen des Landwirts Wilhelm Götte ein Brand. Das ganze Haus wurde ein Raub der Flammen. Die Feuerwehre konnte sich nur auf die Rettung der Nachbargebäude beschränken. — Außer dem nackten Leben und dem

Zunahme der Erwerbslosen im Heidelberger Bezirk
Heidelberg, 15. Dez. Bei der am 11. Dezember vom hiesigen Arbeitsamt aufgestellten Statistik wurden im Stadtbezirk Heidelberg 551, im Landbezirk 2424, im Amtsbezirk Sinsheim der Provinz ein Mehr von 1895 Personen. Es wird befürchtet, daß nach Beendigung des Weihnachtsgeschäftes in der Tabakindustrie es zu Massenentlassungen kommen wird, wodurch namentlich der Wieslocher und der Sinsheimer Bezirk stark betroffen würde.

13 382 Erwerbslose im Amtbezirk Mannheim

Mannheim, 16. Dez. Wie das städt. Nachrichtenamt mitteilt, betrug am 9. Dezember dieses Jahres die Zahl der bei dem Arbeitsamt Mannheim, öffentlicher Nachweis für den Amtsbezirk Mannheim, gemeldeten Arbeitslosen 13 382 (9841 männliche, 3521 weibliche). Da am 2. Dezember die Zahl der Vollerwerbslosen auf 11 883 betrug, ist eine weitere Steigerung um 1419 eingetreten, und zwar befaßt sich die Erhöhung bei den männlichen Erwerbslosen auf 233. — Die Arbeitsmarktfrage hat sich beträchtlich verschlechtert. Anbauern erhöhen Betriebsbeschränkungen und Entlassungen die Zahl der Erwerbslosen.

Weitere Kündigungen im staatlichen Bergbau
Buer, 16. Dez. Weitere starke Betriebsbeschränkungen im staatlichen Bergbau werden am 1. Januar erfolgen. Auf der Zeche „Bergmannshaus“ ist etwa 1400 Bergleute zum 1. Januar gekündigt worden, von denen etwa 173 auf der Zeche „Westerholt“ Beschäftigung finden wird. Auf der Zeche „Westerholt“ werden rund 600 Bergleute, auf den Wollerschichten bei Gladbach etwa 115 Bergleute entlassen. Bei den Entlassungen handelt es sich in erster Linie um Ausländer, Doppelverdiener, pensionsfähige Invaliden und Ledige.

Erwerbslosendemonstration in Hamburg

Hamburg, 16. Dez. Auf dem Hamburger Rathausmarkt kam es heute mittag zu Zusammenrottungen einer größeren Anzahl Erwerbsloser, die immer wieder in den Ruf ausbrachen: „Wir haben Hunger!“ Die Polizei zerstreute die Menge; wobei mehrere Festnahmen erfolgten.

Welche Partei hilft?

Man schreibt uns: Nach langem Hin und Her hat der Reichstag einer Erhöhung der Erwerbslosenhilfe um 100 Prozent 20 Prozent zugestimmt. Diese Erhöhung ist eine glatte Propagation der Erwerbslosen, des tief Vermögenden bestehenden Proletariats. Es ist eine überaus traurige Tatsache, daß in unserem Zeitalter noch solche sozialwidrige Zustände herrschen. Man sollte meinen, daß wenigstens die Vertreter des Zentrums mehr für die soziale Glend des Volkes übrig hätten. Von einer Rechtsregierung kann man selbstverständlich eine wesentliche Besserung der Lage der Erwerbslosen nicht erwarten. Solange keine Männer aus dem Volke das Staatsruder in die Hand nehmen, ist an eine Besserung der Lage nicht zu denken. Aber das Zentrum hätte hier einmal patriotisches Christentum zeigen können, wie es auch Reichsanwalt A. D. Dr. Witt in der kürzlich in Freiburg gehaltenen Rede seiner Partei empfohlen hat.

Was wird aus den Kindern der schon seit Monaten, ja Jahren brotlos gewordenen Erwerbslosen? Diese armen Kinder, die weder was Anständiges auf den noch in den Leib kriegen, werden niemals den Kampf ums Dasein führen können. Wenn dieser Abelland nicht rechtzeitig erkannt wird, brauchen wir auf eine spätere hoffnungsvolle Generation nicht zu rechnen.

Das Zentrum gibt an, daß es in der nächsten Sitzung den Reichstag und der starken Bekämpfung des Wirtschaftlichen höheren Prozentsatz als 20 Prozent würde zustimmen können. Das heißt also, lieber sollen die Erwerbslosen hungern, aber sicher zu Grunde gehen, als der Staat noch mehr belastet werden. Die Partei, die den schönen Namen Deutsche Volkspartei führt, erkennt die „furchtbare“ Notlage der Erwerbslosen an, stimmt aber nur für eine 20prozentige Erhöhung der Hilfe. Ferner legt diese Partei Wert darauf, zu sagen, daß die Notlage der Erwerbslosen durch „unerfüllbare“ Entwürfe nicht partiellatorisch ausgenutzt werden sollte. Der 20prozentige Antrag der Sozialdemokratie wurde also als „unerfüllbar“ abgelehnt.

Ein sehr großer Teil der Erwerbslosen ist aber selbst schuld daran, wenn es ihm so schlecht geht. Wer sich um die politischen Verhältnisse nicht kümmert, braucht sich nicht zu wundern, wenn er den Kürzeren zieht. Wer die Reichstagsverhandlungen in den Zeitungen verfolgt, der weiß, welche Partei für die Interessen des Proletariats eintritt und welcher er seine Stimme zu geben hat. Einzig und allein der Sozialdemokratie. Sie ist die Volkspartei, die der Welt das praktische Christentum bringen will.

Ein Arbeitsloser im Namen Biefer.

lebenden Inventar konnte nichts in Sicherheit gebracht werden. **Stoßach.** In der letzten Nacht brach in Stoßach im Hause des Karl Maier Feuer aus, das in kurzer Zeit das Haus einäscherte. Die Nachbargebäude konnten nur mit Mühe gerettet werden. Von dem Inventar konnte nur wenig herausgebracht werden. Lediglich das Vieh wurde vollständig in Sicherheit gebracht.

Buchen. Am 6.-8. Dezember veranstaltete der fürs vordere gegliederte Geflügelzüchterverein Buchen eine Kreisgeflügel- und Kleintierausstellung, die als außerordentlich gelungen bezeichnet werden kann. Es waren im ganzen etwa 300 Hühner, Tauben und sonstige Kleintiere ausgestellt. Die meisten Geflügelrasen waren durch hervorragende Exemplare vertreten. Daron wurden mit besonderen Ehrenpreisen als laudum genannte Wirtschaftsrassen die Hähner, die Barnender und Rhodensunder beachtet. Ueber 500 Besucher hatten sich zur Besichtigung der Ausstellung eingefunden.

Wandkalender 1926

Wir machen unsere Filialinhaber darauf aufmerksam, daß Bestellungen für den Wandkalender 1926 nur noch insofern berücksichtigt werden können, als die schon hergestellte Auflage dafür ausreicht. Ein Nachdruck kann nicht erfolgen. Wer also noch nicht bestellt hat, wolle das umgegend tun, weil er sonst Gefahr läuft, daß seine Bestellung nicht mehr berücksichtigt werden kann. Geschäftsstelle des „Volksfreund“.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexø

Rachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Peter hatte keine Lebensbücher hinter sich. „Gute Leute!“ rief er höhnisch aus — „die haben ja selbst nie was, und ich kann ja nicht einmal lesen — wie soll man da studieren lernen? Karl kann lesen; er hat sich das aus den Schildern auf der Straße rausgeholt, wenn er Botengänge machte — er kann auch schreiben! Und Anne hat Marie ein wenig unterrichtet. Aber ich bin ja mein ganzes Leben nur in der Fabrik gewesen.“ Er strakte bitter vor sich hin; es war traurig, wie verachtet sein Gesicht war — ganz eingefallen! „Mach du dir nur keine Sorgen!“ sagte Pelle zuversichtlich; „wir finden schon etwas.“

„Aber verschone mich mit der Armenpflege.“ — Lauf bloß nicht hin und bettle für mich“, erwiderte Peter sornig; „und Pelle, — er flüsterte, damit niemand in der Stube es hören sollte — „hier ist es nicht amüßant. Ueber Nacht lag da ein alter Mann und starb dicht neben mir. Er starb am Krebs, und sie stellten nicht einmal einen Bettstirn davor. Die ganze Zeit lag er da und glotzte mich an! Aber in ein paar Tagen kann ich auch schon rauskommen. Dann muß ja bezahlt werden — sonst kommt die Sache an die Armenverwaltung, und die fangen gleich an zu schnüffeln — ich habe ihnen was aufgebunden, Pelle! Kannst du nicht kommen und mich auslösen? Marie hat Geld für die Hausmiete liegen — das kannst du ja nehmen.“

Pelle versprach es und eilte heim an seine Arbeit. Ellen war zu Hause. Sie ging umher und sah verwundert aus. Er machte sie mit der Sache vertraut. „Ein ganz prächtiger Junge ist er“, sagte sie fast weinend. „Etwas zu ernst vor all der Arbeit — und jetzt ist er ein Krüppel. Nur ein Kind und schon Arbeitsunfähig; es ist schrecklich, das ausscheiden!“

Ellen trat an ihn heran und lebte seinen Kopf an ihre Schulter, beruhigend strich sie ihm über das Haar. „Wir müssen etwas für ihn tun, Ellen“, sagte er dumpf. „Du bist so gut, Pelle. Du würdest gern allen Menschen helfen; aber was können wir tun? Unsere Sparpfennige haben wir ja für die Wochenbettsgehälter aufgebraucht.“

„Wir müssen irgend etwas von unseren Sachen verkaufen oder verpfänden.“

Sie sah ihn ansetzt an. „Pelle, unser liebes Heim! Hier ist ja auch nicht mehr als gerade das Allernotwendigste. Und wo wie du unsere armenlichen Sachen liehst! Aber wenn du meinst, dann nimm sie! Du tust ja doch schon was für ihn, indem du ihm deine Zeit opferst.“

Da schwieb er. Sie fing mehrmals von der Sache an als etwas, das überlegt werden müsse, aber er antwortete nicht. Vor Gerede peinigete ihn — entweder handelte man oder man schwieg.

Am Nachmittag machte er sich in der Stadt zu tun und ging zur Fabrik hinaus. Er wandte sich an das Kontor, und es gelang ihm, den Fabrikanten selbst zu sprechen. Der Fabrikant war unannehmlich berührt von dem Vorgefallenen, mußte aber geltend zu machen, daß es ausschließlich die Folge von Unvorsichtigkeit sei. Er rief Pelle, eine Sammlung unter den Arbeitern der Fabrik in Gang zu setzen und eröffnete die Sammlung selbst mit einem Betrag von zwanzig Kronen. Außerdem stellte er in Aussicht, daß Peter, der ein zuverlässiger Junge sei, die Stelle als Bote und Eintreffler erhalten könne, wenn er genesen sei.

Peter war beliebt unter seinen Kameraden; es kam eine hübsche kleine Summe zusammen. Pelle beschaltete seinen Sophtalantentisch, und es blieb so viel übrig, daß er nach Hause gehen und unbedenklich ausruhen konnte, bis die Sand geblutet war und er den Platz als Bote in der Fabrik antreten konnte. Der kleine Invalide war ganz guter Laune, weil er kein Auskommen gesichert wußte; er wandte die Zeit an, um in der Stadt herumzuschlendern, wo Musik war, um neue Melodien zu lernen. „Das sind die ersten Ferien, die ich gehabt habe, seit ich auf die Fabrik kam“, sagte er zu Pelle.

Den Platz als Bote bekam er nicht — es war ihm ein anderer zuvorgekommen; aber er erhielt Erlaubnis, wieder an seine alte Arbeit zu gehen! Mit den Ueberresten der rechten Hand konnte er die Wechplatte auf den Tisch niederdrücken, die links mußte sich nun darin üben, sich zwischen den sich drehenden Messern herumzubewegen. Das erforderte nur Zeit und noch etwas mehr Aufmerksamkeit.

Das Unglück brannte sich in Pelles Seele ein und rief seinen ruhenden Gram wach! Der Zufall hatte ihm drei Verwandte zu Geschwistern gegeben, und er fühlte Peters Schicksal so brennend, als habe es ihn selbst getroffen. Eine Schande war es, daß Kinder ihren Unterhalt durch lebensgefährliche Arbeit fristen mußten, um sich die abfällige Armenverwaltung vom Leibe zu halten. Was war das für eine Gesellschaftsordnung? Er empfand ein erstickendes Bedürfnis, dar- aufloszuschlagen.

Die Last von Dues Schicksal legte sich wieder auf sein Antlitz, vermehrt durch dies neue; Ellens weiche Hände konnten es nicht wegstreifen. „Sieh doch nicht immer so wütend aus — du machst das Kind ja dange“, sagte sie und reichte ihm den kleinen Löffel hin. Und Pelle versuchte zu lachen. Aber es ward nur ein primmiges Lächeln.

Er empfand kein Bedürfnis, Ellen in seine blutende Seele hineinzusehen zu lassen, und sprach mit ihr über gleichgültige Dinge. Sonst sah er da und schaute in die Ferne, nachsam nach jedem Zeichen spähend; das Gefühl, zu etwas Besonderem auserwählt zu sein, erfüllte ihn wieder. Er war sicher, daß eine Botschaft für ihn unterwegs war.

Und dann starb Schuster Petersen, und er wurde wieder aufgefodert, die Leitung des Fachvereins zu übernehmen. „Was laßt du dazu?“ fragte er Ellen, obwohl sein Beschlus unwiderstehlich gefaßt war.

„Das mußt du ja selbst wissen“, erwiderte sie zurückhaltend. „Wenn du Vergnügen davon hast, dann natürlich!“

„Ich tue es nicht um meiner selbst willen“, sagte Pelle. „Ich bin ja kein Frauenzimmer.“

Er bereute sofort seine Worte und ging hin und küßte sie. Sie hatte Tränen in den Augen und sah ihn verwundert an.

XIX.

Da war noch genug zu tun. Die Abtrünnigen mußten der Organisation wieder eingefügt werden — eingefügt oder hineingezwungen werden; Pelle nahm die Willigsten zuerst und ließ die Zahl auf die anderen wirken. Die ganz Störrigen ließ er einstweilen noch ihren eigenen Kurs segeln; wenn sie hollert und auf gekennzeichnet waren, konnten sie keinen weiteren Schaden anrichten.

Er war gut ausgerüstet und ging ganz methodisch zu Werke. Das Gefühl, Kräfte bis an das Ende des Weges zu haben, verlieh ihm eine breite Ruhe, die Vertrauen einflößte. Er überreichte sich nicht, sondern nahm das Ganze von Grund auf; die eigentliche Frage ließ er ruhig liegen, bis die Bedingungen, sie zu lösen, vorhanden waren. Vom letztenmal wußte er, daß man ohne fest zusammengeknüpfte Reihen nichts ausrichten konnte.

Damit ging der letzte Reiz des Sommers dahin. Und nun stand die Organisation fertig da; es sah so aus, als könne sie einem Druck widerstehen, und die erste Frage war der Tarif. Der war peraktet und schied, fast in allen Punkten rückständig; das hoch seufzte unter den niedrigen Sägen, die nicht Schritt gehalten hatten mit der Entwidlung und der Verteuerung aller Dinge. Aber Pelle ließ seinen praktischen Sinn herrschen. Der Zeitpunkt war nicht günstig für eine Lohnerhöhungsforderung. Die Organisation konnte der Forderung nicht genug Nachdruck verleihen, man mußte sich vorläufig damit begnügen, dem geltenden Tarif Achtung zu verschaffen. Mehrere von den arbeiter Meistern richteten sich nicht danach, obgleich sie ihn selber mit eingeführt hatten. Namentlich mit Hofschubmachermeister Meyer sah es arg aus; er benutzte alle möglichen Auswege, um die härtesten Lohnsätze zu drücken.

(Fortsetzung folgt.)

Ehehindernisse im Strafrecht

Unter geltendes Strafrecht zählt unter der Bezeichnung „Blutschande“ geschlechtliche Beziehungen zwischen Mann und Frau auf, die unterem Sittlichkeitsgefühl und dem natürlichen Empfinden entweder nach allgemeiner Anschauung oder nach der Gesetzesgebers widersprechen. Im allgemeinen stimmen diese beiden Anschauungen wohl noch überein. In einigen Punkten weichen sie jedoch voneinander ab. Nach dem Strafrecht gilt gegenwärtig als „Blutschande“ der Verkehr zwischen Verwandten, Geschwistern und Verwandten auf- und absteigender Linie. Das Gesetz verbietet darunter diejenigen, die direkt voneinander abstammen, also bei der aufsteigenden Linie Eltern, Großeltern, Urgroßeltern, bei der absteigenden Linie Kinder, Enkel und Urenkel. Unter die Verwandten und Verwandten werden auch Stiefeltern und Stiefkinder gerechnet. Heute gilt nur der Geschlechtsverkehr zwischen Verwandten und Verwandten in auf- und absteigender Linie und zwischen Geschwistern als strafbar, und demgemäß ist natürlich zwischen ihnen auch die Ehe verboten. Früher ist man in diesem Verbot noch viel weiter gegangen. So war in England vor noch nicht allzulanger Zeit auch die Ehe zwischen Schwager und Schwägerin verboten, und erst, als im englischen Königshaus der Abbruch einer solchen Ehe gewünscht wurde, hat man diese Bestimmung geändert. Das katholische Recht kannte sogar eine geistliche Verwandtschaft, z. B. zwischen Pate und Taufkind, die auch ein Ehehindernis bilden konnte.

Im allgemeinen werden wir gegen die heute geltenden Vorschriften nichts einzuwenden haben. Bei der Strafbarkeit des Verkehrs zwischen Verwandten in gerader Linie wird jedoch den möglichen Verhältnissen des Lebens nicht Rechnung getragen. Ein vornehmlicher Fall mag das erläutern: Da war die Frau eines Werkmeyers gestorben und hinterließ vier kleine Kinder. Sie hatte noch eine uneheliche Tochter, die bei den Eltern der Frau aufgewachsen war. Der Mann hatte sie nie gesehen. Beim Tode der Mutter kam sie auf Wunsch der Sterbenden in sein Haus, um die Kinder zu betreuen. Der Mann und das Mädchen gewannen einander lieb und wollten sich heiraten. Das war jedoch gesetzlich nicht zulässig. So blieben sie ohne standesamtliche Trauung zusammen, und ihr Kind mußte unehelich bleiben. Eigentlich wären sie beide strafbar gewesen, doch wurde in diesem Falle keine Anzeige erstattet. Für solche Fälle, die nicht so sehr vereinzelt sind, sollte das Gesetz mehr Biegbarkeit besitzen und die Möglichkeit der Straflosigkeit und Ehegültigkeit offen lassen. Unser Rechtsverständnis sträubt sich auch gegen die verschiedene Behandlung von außerehelichen und ehelichen Beziehungen durch das Gesetz. So würde z. B. der Verkehr des Vaters mit der Geliebten des Sohnes nicht als „Blutschande“ gelten, aber ein Ehehindernis würde auch hier vorliegen. Dies Problem hat u. a. bezeichnend auch Schiller sehr menschlich und ideal in seinem „Don Carlos“ behandelt.

Das geltende Strafrecht bestraft den Beischlaf zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie an denen der aufsteigenden Linie, also Eltern usw. mit Zuchthaus bis zu 5, an denen der absteigenden Linie mit Gefängnis bis zu 2 Jahren. Dabei geht es von der richtigen Voraussetzung aus, daß in solchen Fällen die älteren Menschen durch ihren Autoritätsverhältnis die eigentlich Schuldigen sind. Wenn die Verwandten und Verwandten in absteigender Linie noch nicht 18 Jahre alt sind, so bleiben sie straflos. Verharmloste und Geschwister werden mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Der neue Strafrechtentwurf verstärkt den Jugendchutz und erhöht die Strafe für Verwandte in aufsteigender Linie auf Zuchthaus bis zu 10 Jahren. Für Verwandschaft über 18 Jahre hält er gleichfalls an der Strafbarkeit fest. Es müßte aber doch für Fälle, wie die oben angeführten, ein Weg gesucht werden, auf dem Straflosigkeit und Ehegültigkeit er ermöglicht werden. Das Gesetz muß zwar auf die Regel zugeschnitten bleiben, jedoch auch den Ausnahmen gerecht werden und darf keinem Menschen Glücksmöglichkeiten stören, die in sich nichts Unsitliches haben, sondern nur durch eine Vertretung äußerer Umstände schwierig sind.

Denni Lehmann.

Theater und Musik.

Konzerte

Bach-Verein. Kammermusik des 17. und 18. Jahrhunderts. Als vor etwa zwanzig Jahren die Pariser Vereinigung für alte Instrumente unter ihrem Leiter Calodorus nach Deutschland kam, wurde auch dieser „Kameralmusik“ lebhaft das Wort geredet. Die Beweiserung für die Wiedereinführung der alten Instrumente und ihre Verwendung im Konzertgebrauch war

groß. Es blieb bei der Begeisterung. Nun hat der Bach-Verein wohl eine der bedeutendsten Meisterinnen auf dem Cembalo für einen Abend eingeladen. Die Künstlerin erspielte auf einem Cembalo Werke von Bach und Händel. Das Cembalo ist der Vorläufer unseres heutigen Pianofortes, das in der Silbermann'schen Konstruktion Joh. Seb. Bach schon bekannt war. Wie die Vorträge der ganz hervorragenden Cembalistin Anna Linde erkennen lassen, will sich das Ohr des Hörers nicht mehr mit allen „Auswirkungen“ des Cembalos oder wie früher der technische Ausdruck lautete, des Sordrettes oder wie es launig der alte Walzer-Strauß nannte der Drahtkommode, befremden. Durch die Leichtigkeit des Anschlags hat Anna Linde sich zu raschen Zeitmaßen verleiten lassen. Ihr technisch vollendetes Spiel bekam dadurch einen virtuosen Unterton. Da durch den Anschlag kein festlicher Ausdruck vermittelt werden kann, bleibt nichts übrig als die Technik der Künstlerin zu bewundern und diese ist tatsächlich bewundernswürdig. Ebenso Herr Dieners (Heidelber) Geigenpiel, der mit blühendem, singendem Ton Bach, Corelli und Händel spielte.

Konzert der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. In dankenswerter Weise hat die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit wie alljährlich so auch in diesem Advent ihren Freunden und Anhängern eine musikalische Abendfeier, die sich zu einer Weibefestung für alle Teilnehmer gestaltete. Im Mittelpunkt des Abends stand die gedankenreiche Ansprache des Herrn Harrers Sedger. Ausgehend vom Friedensvertrag von Locarno, der aus politischen Gründen, aber noch nicht aus der Hoffnung heraus entstanden sei, wies der Redner darauf hin, daß der Friedensgedanke bei den großen Sittenlehrern aller Kulturvölker zu finden sei und seinen schönsten Niederschlag gefunden habe in der feinsten Legende des Christentums von den Engeln, die in der Weihnachtsnacht: Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden allen, die guten Willens sind. — Die Ansprache wurde umrahmt von musikalischen Darbietungen und Rezitationen, um die sich die Damen Herrmann-Rettenberg, ger, Klavier, Luise Fritzen-Söhnlin, Alt, Elisabeth Löser, Sopran, Elio Schneider, Rezitation und die Herren Wilhelm Jung, Violone und Heinrich Kretzi, Klavier, verdient machten. Frau G. Mettenberger spielte in der Wiedergabe von Werken von Schubert, Chopin und Moszkowski tiefes musikalisches Verständnis und eine brillante Technik. Frau E. Söhnlin entzückte durch ihren schönen weichen Alt, mit dem sie Lieber von Hartmann und Wolf sang. Mit der tief verinnerlichten Wiedergabe von Gesängen von Brahms und Cimaró wußte Frau Löser ihre Zuhörer zu gewinnen. Fräulein E. Schneider festelte gleichermaßen durch die sorgfältige Auswahl ihrer Rezitationen als auch durch ihre in allen Registern wohl ausgebildete Stimme und die reissende Art ihres Vortrags. An der Sonate Nr. 10 von Brahms und zwei kleineren Stücken von Schubert-Elman und B. Nachher zeigte Herr W. Jung sein gediegenes Können. Herr H. Kretzi war Herr Jung und den beiden Sängerinnen ein gewissenhafter Beisitzer am Flügel. Allen Künstlern wurde von den zahlreich erschienenen Gästen lebhafter Beifall erteilt. Im Gedächtnis an das hohe Ziel der Internationalen Frauenliga wäre zu wünschen, daß sich an diesem Abend viele neue Mitglieder in ihre Reihen eingeschrieben hätten.

Badisches Landes-theater

4. Sinfonie-Konzert

Ein Italiener und zwei Russen fanden auf dem Programm des gut besuchten vierten Sinfoniekonzertes, Würde man für die Dornvorstellungen ebenfalls den lokalen Verhältnissen angepaßte Preise machen, wie bei den Sinfoniekonzerten, so würde sich der Besuch steigern. Am letzten Sonntag kostete in der Amelia-Vorstellung ein Sprechstuhlmehr denn 9 M. und ein Balkon mehr den 12 M! Wo bleiben die Reduzierungen der Eintrittspreise, die von der Theaternoterkunde verprochen wurden? Weder der Italiener noch die Russen waren typischen Vertreter der modernen Richtung, die in Schönders ihren Ausgangspunkt sieht. Die „Antiken Tänze“ von Reppich sind hübsch gearbeitete Stücke, die nicht sonderlich originell sind, man hört sie und vergißt sie. Nachmanoffs Klavierkonzert, das Orloff vollendet wiedergab, ist schwacher Schumann mit Zuderaufschlag und was Scriabine in seiner, in den Ausmaßen groß angelegten Sinfonie zu ver-mitteln sucht, ist viel Feuerwerk, das rasch verpufft. Er kommt nicht von Wagner los, seine Musik ist wie keine eigenen Landesleute heute feststellen, „Kulissenmusik“. Herr Generalmusikdirektor Wagner hat die härtesten Register gezogen, das Blech konnte Dränen feiern.

Dornerkonzertführung in Karlsruhe. Der Termin für die Eröffnungsführung von Brantzenstein's „Li-Tai-Pe“ unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner am Badischen Landes-theater Karlsruhe ist für den 26. Dezember ds. Js. festgesetzt.

Bücherschau

Urania, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Heft 3 dieser wertvollen Bildungszeitschrift nimmt in einem Teile seines Inhalts Rücksicht auf die winterliche Jahreszeit und auf das kommende Weihnachtsfest. Margarete Witter-Christ erzählt die „wahre Weihnachtsgeschichte“, indem sie den Nachweis führt, daß dieses Fest in seinem Hauptinhalt durchaus heidnischen Ursprungs ist und erst, etwa vom 4. Jahrhundert ab, unter Einfluß der Kirche eine christliche Umdeutung erfuhr. Die Verfasserin ist der Meinung, daß es jetzt vielleicht an der Zeit wäre, Weihnachten mit einem neuen Inhalt zu erfüllen. Auch die Liebhegabel und ein Gedicht „Sonnenwende“ stehen mit dem Winterfeste in Beziehung. Im Beiblatt „Der Leib“ behandelt Dr. Trommholz in allgemein verständlicher Weise und unter wichtigen Ausgewandlungen „Allerlei Erklärungsanstrengungen“. Der übrige Teil des Heftes bringt wertvolle Beiträge zur Vertiefung unserer Naturerkenntnis und im Beiblatt „Soziales Wandern“ Reise-Eindrücke Dr. Hodanns aus Französisch-Nordafrika. Zusammen mit diesem Heft wird die erste Buchheftgabe des laufenden Jahres „Mensch und Maschine“ von Eduard Weckerle ausgeben.

Das zweite Heft der Russischen Rundschau. (3. Badischer-Verlag, Berlin, Preis 1.50 M.) ist erschienen. Diese Monatshefte für die neue russische Literatur wollen uns mit den neueren Dichtern Russlands und mit dem neuen Gesicht des Volkswissenschaftlers bekanntmachen. Das zweite Heft enthält die Fortsetzung einer Erzählung von Maxim Gorki und Novellen anderer namhafter russischer Schriftsteller. Nach diesen Proben scheint es, als sei die russische Literatur durch die große politische Umwälzung ursprünglicher und naturnäher geworden.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 17. Dezember

Geschichtskalender

17. Dez.: 1908 Eröffnung des türkischen Parlaments. — 1910 Der Astronom Wilhelm Meyer in Berlin. — 1914 Ägypten gerät unter das Protektorat Englands.

Kunster müsse le

Mit diesem im Karlsruher Landgrabenbalek gehaltenen Schlachtruf trat bei der letzten Bürgerauskunftwahl die Wirtschaftliche Bürgervereinigung in den Wahlkampf. An allen Lifafähulen prangte das viel beladene Plakat zum Gaudium aller ernst denkenden Bürger. Das „Kunster müsse le“ galt nämlich den politischen Parteien auf dem Rathaus, die durch die angeblich unpolitischen und parteilosen Mannern der Wirtschaftlichen Bürgervereinigung ersetzt werden sollten. Nun ist im Hause der Bürgervereiner Familienwitwe ausgebrochen, über den der „Bad. Beobachter“ folgendes zu berichten in der Lage ist:

Die Wirtschaftliche Vereinigung war bisher auf dem Karlsruher Rathaus durch einen Stadtrat und 5 Stadtverordnete vertreten. Die Vertreter entstammen den Kreisen des Hausbesitzes und des gewerblichen Mittelstandes. Unter den 6 Vertretern sind allerdings 2 Beamte. Hinter der Rathausfraktion stand bis jetzt die sogenannte „Wirtschaftliche Bürgervereinigung“. In dieser Vereinigung ist es nun im Anschluß an die Rechtsentwicklung des Herrn v. Au im badischen Landtag zu einer starken Auseinandersetzung gekommen, daß der Bruch unvermeidlich wurde. Anstatt von einer Rathausfraktion soll also in Zukunft sogar von 2 Gruppen wirtschaftlicher Art dem notleidenden Hausbesitz und Mittelstand aufgeschlossen werden. Wenn damit dem Hausbesitz und dem Mittelstand geholfen werden müßte, dann wäre schon geboten; mit der Hilfe von Zweierparteien ist es da wirklich nicht getan! Nun hört man aber — ob das richtig ist, läßt sich im Augenblick nicht nachprüfen —, daß die Trennung weitere Folgen haben soll. § 17 der bad. Gem.-Ordn. bestimmt nämlich: Wer die Wahlbarkeit verliert oder aus der Partei oder Wählergruppe, auf deren Vorstoß er gewählt wurde, ausscheidet, verliert das ihm übertragene Amt.“ Unter Voraussetzung auf diese Bestimmung soll beschleunigt sein, das Ausscheiden der Herren Stadtrat Steinel und Genossen zu verlangen. Die Entscheidung hierüber hätte der Gesamtschlichter zu fällen. Man darf wirklich gespannt sein, wie die Angelegenheit weiter sich entwickeln wird. Für den Außenstehenden ist nämlich nicht ohne Weiteres klar, ob die Bestimmung des § 17 wirklich gegen Herrn Steinel und seine Freunde antritt. Man möchte meinen, daß diejenigen ihre Wähler nicht mehr hinter sich haben, die sich mit ihrem „Führer“ von Au zu den Deutschnationalen nach rechts entwickelten, also förmlich zu einer politischen Partei gestochen sind. Ein Antrag ist übrigens nicht erforderlich. § 17 G.O. ist zwingender Natur. Er lautet nur, was politische Sauberkeit und politischer Anstand verlangen.

Nach der Darstellung des „Bad. Beobachters“ steht die Sache ziemlich pikant aus. Wir wissen dazu nur, daß die „brüderliche“ Auseinandersetzung recht heftiger Natur war und ihren Siebepunkt in der Androhung von Badenpfeifen erreichte. Aber passiert ist weiter nichts. So erzählt wenigstens die Fama über diese Sache. Im übrigen ist es eine Ironie des Schicksals, daß dieselben Leute, die anlässlich der Stadtverordnetenwahlen den Schlachtruf „Kunster müsse le“ gegen den „parteilichen“ Feind ertönen ließen, ihn nun jetzt gegen einen Teil der eigenen Vereinsbrüder richten. Wer wird nun auf der Strecke bleiben: Herr Steinel oder Herr Dr. Frommberg?

Weihnachtsfeier der Arbeiterjugend

Trotz verschiedener Veranstaltungen war der Festabend des Eng. Gemeindefest in der Werkstatt fast überall. Über 600 Gäste beehrten die Arbeiterjugend an ihrem diesjährigen Weihnachtsfest. Und, um es gleich vorweg zu nehmen, das Darobolene wäre eines noch ärgeren Festes wert gewesen. Der Eingeweihte müßte geradezu kauen ob der Fortschritte, die diese jungen Menschen in ihrer Festkultur gemacht haben. So sah sich gleich im Anfang der stimmige Chor Beethoven's „Vollge Nacht“ tumloch über alles bisher Gebotene empor. Noch ein innigeres Zusammenfließen der Stimmen und eine bessere Aussprache, und dann muß die Kritik verstummen. Der „Weihnachtsbaum“ wurde sehr gut vorgetragen und durch die melodramatische Behandlung zu magischem Eindruck gesteigert. Und nun das Festspiel! Es ist auf unsere Zeit mit ihrer Erwerbslosigkeit direkt zugeschnitten. Und so konnte es gar nicht anders sein, wie daß die Festteilnehmer mit tiefstem Versehen folgten. Die feindurchdrachten und sehr wirksamen Bühnenbilder sowie das sinnige Spiel der Darsteller, besonders der beiden Kinder, lösten bei Alt und Jung helle Freude aus. (Empfehlen wollen wir nebenbei, daß man mit dem Licht nicht zu sparsam umgehen sollte.) Im zweiten Teil des Abends wurde dann das Versprechen in den Schlussworten des Festspiels eingelöst: „Trost und Freude sollen dort geschenkt werden, wo bittere Armut die Menschen unfroh macht.“ Und auch hier ist die Arbeiterjugend vorbildlich gewesen, indem sie den Erwerbslosen freien Eintritt gewährte, von denen auch eine ganze Anzahl gekommen waren. Das war dann ein Jauchzen im Saal, ein Schreien auf der Bühne, daß selbst der trübste Nickerer sich dem Beifall nicht verschließen konnte. Das „Wiedersehen“, das recht exakt getanzt wurde, mußte wiederholt werden. Der Tanzführer mußte sich zu mehreren Dreingängen bequemen. Die Positionen und Bedienungsfälle fanden lebhafteste Aufnahme. Mit einem Lied, das wie ein Schwall flammte, hatte dann das Fest sein Ende erreicht. Langsam, ganz langsam leerte sich der Saal, denn zu fest waren die Besucher in den Bann einer neuen Welt geraten. Und auch wir, die wir des Staunens nicht müde wurden, schließen uns den Worten des Vorsitzenden an und bitten, heute mehr denn je: Schickt Eure Kinder zur Arbeiterjugend!

Lichtbildervortrag über Bergwerks- und Sittenwesen

Am Dienstagabend 7 Uhr hielt auf Veranlassung des Gewerkschaftsrates Herr v. Au im Landau im Gartenhof des Friedrichshof einen Lichtbildervortrag über „Bergwerks- und Sittenwesen“. Der Referent zeigte an Hand wohlreiner Bilder die Entstehung unseres heutigen Brennstoffes, der Steinkohle und betonte, daß Jahrmillionen notwendig waren, um diesen Brennstoff in seiner heutigen Form zu bilden. Daß die Steinkohle früher untergegangenen Wäldern ihren Ursprung verdankt, zeigte der Vortragende an veranschaulichten Bildern zu sehen war. Erst der neueren Zeit war es vorbehalten, die Ausnutzung der unerschöpflichen Werte, die in den Kohlenflößen liegen, in Angriff zu nehmen.

An Hand trefflicher Bilder wurden die Zuhörer in die moderne Technik des Bergbaus eingeführt und ihnen die Entwicklung gezeigt vom Fördereisel bis zum heutigen elektrischen Förderwagen. Auch die riesigen Ventilatoren und Verteilungsmaschinen, die das Arbeiten unter Tage in der heutigen Form erst ermöglichen, wurden gezeigt. Aber auch darauf wies der Vortragende hin, daß die Ausbeutung des Bergmannes durch das Kapital bedeutend gewachsen ist. So betrug das Durchschnittsalter der Bergleute vom Jahre 1861 55 Jahre und 1887 nur noch 49,3 Jahre. Durchschnittlich arbeitsfähig waren die Bergleute im Jahre 1901 noch mit 45,9 Jahren im Jahre 1913 nur noch mit 43,6 Jahren. Neben sehr vielen, ganz besonders das Auge des Naturfreundes entzündenden Bildern enthielt der Vortrag aber auch sehr erschütternde Momente. So als der Referent an die furchtbaren Bergwerkskatastrophen auf Jage Minister Stein und Mattias Stimmes erinnerte und eine Leichenhalle mit verunglückten Bergleuten zeigte, in der 142 Leichen mit Leichen aufschichteten waren. Auch mit der Technik wurden die Zuhörer vertraut gemacht, die angewandt wird, um mittels des Gesteinsbohrers die im Boden befindliche Gesteinsart festzustellen. Erwähnt seien noch die im Jahre vorgeführten Kohlenwägereien und Koksanlagen und die Anlagen für Teerergewinnung. Der Referent wies darauf hin, daß aus dem Teer verschiedene Stoffe gewonnen werden, wie Benzol, Teeröl, Farbstoffe, Ammoniak usw.

Daß unsere Mutter Erde auch aus romantische Stellen in sich birgt, zeigte der Vortragende auch in mehreren Bildern. So u. a. die Tropfsteinhöhle im Jagen. Karst und die Höhle zu Sundwisch in Westfalen, die wunderbare Naturgebilde darstellen. Der Referent schloß seinen interessanten lehr- und gesehenswerten Vortrag, in dem er betonte, daß wir ohne die Schätze der Unterwelt, ohne Kohle und Erze heute dem Untergang geweiht wären. Die auf beachtliche Veranlassung dankte für das Gesehene und Gehörte mit lebhaftem Beifall. Koll. Schulerburg betonte noch, daß diesen Winter noch mehrere solcher Vorträge stattfinden werden und daß es an den Kollegen liegt, dafür zu sorgen, daß diese Vorträge, die im ureigensten Interesse der Arbeiterklasse gehalten werden, auch immer gut besucht werden.

Aufhebung des Interalliierten Kontrollkommissions-Dossens in Karlsruhe

Der Locarnoer Vertrag wirkt sich auch in Karlsruhe aus, denn der hiesige Posten der Interalliierten Kontrollkommission wird, wie wir erfahren, Ende dieses Monats aufgehoben. Er wurde im Dezember 1918 u. a. zur Überwachung der 50 Kilometerzone geschaffen, in der nach dem Versailler Vertrag bekanntlich kein deutsches Militär stationiert sein darf. Die Kommission, bestehend aus 2 Offizieren (Major Galland und Leutnant Banoni), sowie 6 Unteroffizieren, war im Hotel „Germania“ untergebracht.

Eine Bitte an das laufende Publikum

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage stellen an die Verkaufsgeschäfte im Einzelhandel die höchsten Anforderungen. Da die Zahl der Angestellten angesichts der gedrückten Wirtschaftslage auf das unbedingt notwendige beschränkt ist, werden die vermehrten Einkäufe in den Tagen vor Weihnachten die Kräfte des Verkaufspersonals auf das Überste in Anspruch nehmen. Wir richten deshalb an das laufende Publikum die höfliche Bitte, diesem Umstand Rechnung zu tragen und Einkäufe, die auch am nächsten Tage noch besorgt werden können, nicht am Schluß der Verkaufszeit vorzunehmen. Dies liegt sowohl im Interesse des Käufers wie auch des Verkaufspersonals. Wo es irgend möglich, benütze man den Vormittag zum Einkauf.

Wir bitten also im eigenen Interesse des Käufers, Rücksicht auf die Angestellten zu nehmen.

Wohlfahrts-Lotterie der Arbeiter-Wohlfahrt

Sind außer den schon genannten Firmen (Gehrm. Knopf und Wappes, Karl Friedrichstraße), auch in der Hollsbuchhandlung, Adlerstr., sowie im Biergeschäft Fr. Töpfer, Ede Rumpfer- und Kriegstraße erhältlich. Bezüge sich jeder, denn am 20. Dez. ist Ziehung.

Glücklicher Gewinner. Das große Los der Jugendberberalotterie fiel auf Nr. 56996. Der Gewinn besteht aus einer Dreimonatsrente von der Firma Treßler. Der glückliche Gewinner ist ein Metzgereiherling in Ruppurr, der bei Metzger Salge (Grüner Baum) beschäftigt ist.

Der Weihnachtsfeier des Zentralverbandes der Angestellten. Die am 13. d. M. im Saal des Schreinermeisters Bierkellers hier stattgefundenen Weihnachtsfeier des Zentralverbandes der Arbeitssinnlichen und seitens Deutschlands, Ortsgruppe Karlsruhe, erreichte sich seitens der Mitglieder eines außerordentlichen Erfolges. War auch die Feier im einfachsten Rahmen gehalten, so konnte man doch den alten Männern und Frauen die Freude am Geselligkeit ablesen für das Gesehene. Bei Kaffee und Kuchen, welches die Bewirtung der Ortsgruppe durch den Zentralverband der Angestellten der freien Gewerkschaften insbesondere aber auch dank einer wertvollen Gabe der hiesigen Stadtverwaltung unentgeltlich verabreicht konnte, waren die Stunden des gemütlichen Beisammensitens nur zu bald entwichen. Den unterhaltenden Teil bestritt der Arbeiterjugendverein „Gleichheit“, der einige der Feiern entsprechende Gesangsbeiträge zu Gehör brachte und bei den Anwesenden dankbaren Beifall fand. Ein Weihnachtslied von zwei hiesigen Volkshilfsleiterinnen vorgetragen, wurde ebenfalls dankbar begrüßt. Die zarten Kinderstimmen erweckten wehmütige Erinnerungen an die Tage des Frohstins und der sorglosen Kinderzeit der Anwesenden, und manch verstaubte Träne rollte in den ergrauten Bart und das faltreiche Gesicht der Armen. Angesichts der beschränkten Geldmittel konnten keine großen Gaben verabreicht werden, doch konnte jedes Mitglied eine Kleinigkeit mit nach Hause nehmen. Allen Gebern und Mitwirkenden nochmals den herzlichsten Dank, insbesondere aber dem Lokalmittler Herrn Feld, der in unausgesetzter Weise seine Kräfte zur Zubereitung des Kaffees und auch sonst ohne jede Berechnung seine Räumlichkeiten zur Verfügung stellte.

Der Arbeiterverein Karlsruhe. Der Verein hatte seine Mitglieder auf Mittwoch, 9. d. M., abends 8 Uhr zu einem Lichtbildervortrag über Norwegen in den Saal der Festhalle eingeladen. Die Vorträge, welche trotz des sehr schlechten Wetters erschienen waren, wurden nicht enttäuscht. Hr. Kopper zeichnete ein Bild dieses Landes, wie es ähnlich charakteristisch und lebenswahr in einem Buche kaum zu finden sein dürfte. Was Hr. Kopper mit offenen Augen und seinem Empfinden erlebt hat, das wußte sie an diesem Abend vor ihren Zuhörern durch ihre mit Humor durchsetzten kimmungsvollen Ausführungen zu neuem Leben zu erwecken. Dem Dank der Erschienenen gab der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Hauptlehrer Blum Ausdrück; gleichzeitig dankte er Herrn Professor Kopper, welcher die Vorführung der schönen Lichtbilder übernommen hatte.

Die Klosterkirche Frauenalb. Die Besucher des schönen Altstiles mußten sich in den letzten Jahren immer wieder davon überzeugen, daß die romanische Klosterkirche Frauenalb, ein kulturhistorisches Baudenkmal aus dem 12. Jahrh.

hundert, fortwährend unter dem Einfluß der Witterung zerfällt, ohne daß Schritte zu ihrer Erhaltung oder Instandsetzung unternommen wurden. Seit Jahren hat der Verkehrsverein Schritte unternommen, um die historischen Reste dieses jahrhundertalten Denkmals vor ihrer völligen Zerstörung zu bewahren. Leider fehlten seine Bemühungen bis jetzt ohne Erfolg. Eine im März ds. Js. an den Landtag gerichtete Eingabe des Verkehrsvereins erreichte wenigstens, daß die Eigentümer der Ruine, die sich im Auslande aufhält, behördlich angehalten worden ist, die Ruine in einen solchen Zustand zu versetzen, daß die allgemeine Verkehrsarbeit gewährleistet ist. Aber auch dieser Schritt hatte noch wenig Erfolg, da die Besitzer auf die wiederholten Aufforderungen bisher keine Antwort gab. Wie das Finanzministerium dem Verkehrsverein mitgeteilt hat, soll neuerdings zu gewinnen werden, wenn dies nicht möglich ist, müssen Wege gefunden werden, um die Klosterkirche vor ihrem Untergang zu bewahren und sie als historisches Wahrzeichen in unserer Gegend zu erhalten. Es darf erhofft werden, daß die badische Regierung in dieser Sache ein Machtwort spricht und, wenn die jetzige Besitzerin ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, die Ruine für den Staat enteignet, der sie früher schon einmal besaßen hat.

Sachveria. Dem Vorstand des Karlsruher Sachvereins ist es gelungen, die in Norddeutschland und Dänemark hochgeschätzte und beliebte Cembalo Anna Rinde für ein Komplettes zu gewinnen. Frau Rinde wird hier Ende aus dem 17. und 18. Jahrhundert auf ihrem eigenen Instrument, einem alten französischen Fretel-Cembalo spielen. Das Cembalo war neben dem Klavier, dessen Tonstärke aber zu sehr beschränkt war, das hauptsächlich benützte Tasteninstrument des 17. und 18. Jahrhunderts. Es wurde zum Solospiel sowie zur Begleitung der Streich- oder Blasinstrumente in Kammerorchester benützt. Beim Cembalo entfehlt der Ton nicht wie bei unserm heutigen Klavier, dessen Vorgänger es ist, durch Ausschlagen des Sammers auf die Saite, sondern die Saite wurde ganz früher durch einen Kiel, später durch einen Metallstift, zerissen, jedoch ein heller, durchdringender aber nicht lange nachklingender Ton entsteht. Es dürfte also von großem Interesse sein, auf einem solchen Cembalo, das genau einem Bachschen Cembalo ähnelt, zu spielen. Das Cembalo ist ein Bachsches Cembalo, das in abwechselungsreicher Folge sind, zu hören, umso mehr, da in abwechselungsreicher Folge Soli- und Kammermusiknummern auf dem Programm des hiesigen festlichen Besessenen der Villa S. Diener, Seidelberg, Karlsruher Hof, aufgeführt werden. Der Disziplinsaband fällt aus.

Aus den Vororten

Ruppurr. Auf die heute Donnerstag abend 8 Uhr im „Sänger Löwen“ stattfindende Parteiverammlung wird mit Vortrag des hiesigen Regierungsrat Weickmann sei hiermit nochmals hingewiesen. Vor der Verlesung des Jahresberichts aus der Bibliothek, auch können Beiträge besandt werden. Die Arbeiterjugend beteiligt sich ebenfalls an der Versammlung. Der Diskussionsabend fällt aus.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Stebefälle. Karolina Adam, 36 Jahre alt, Ehefrau von Friedrich Adam, Schloffer, Rauburga Gfiss, 54 Jahre alt, Ehefrau von Karl Gfiss, Hausmeister. Kath. Scholl, 70 Jahre alt, Witwe von Jakob Scholl, Goldarbeiter. Karoline Throm, 71 Jahre alt, Witwe von Joh. Throm, Telegrafentelegraf. a. D.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landeshauptstadt: „Die Mäuer“, 7 bis gegen 11 Uhr. Abendgottesdienst: „Der Herr Generaldirektor“. Uniontheater: Frauen auf hiesiger Bahn. Fix und Fuzz im Wilhelmshof. Festspiel-Vorstellung: Substanz regiert. Der Feld und der Hof. Weltkino: Die Verwandten seiner Frau. — John Barker. — Versteife Schüte. Colosseum: Melba Bauerntheater „Der Jugendpreis“. 8 Uhr. Kaffee Baner: Konzert.

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs)

	15. Dezember	16. Dezember			
	Geld	Preis	Geld	Preis	
Amsterdam	100 G.	168,82	168,94	168,82	168,94
Stettin	100 G.	16,92	16,96	16,91	16,95
London	1 £.	20,34	20,39	20,34	20,39
Wien	100 Kr.	4,195	4,205	4,195	4,205
Warsz.	100 Kr.	15,79	15,13	15,82	15,46
Breg.	100 Kr.	12,418	12,468	12,415	12,465
Schweiz	100 Fr.	80,87	81,07	80,94	81,14
Spanien	100 Pes.	59,33	59,57	59,48	59,62
Stockholm	100 Kr.	112,35	112,33	112,31	112,29
Oslo	100 Kr.	69,155	69,205	69,12	69,26

Ein sehr beliebtes

Weihnachtsgebäck

ist

Spesulativus

nach

Dr. Oetker's Rezept:

Zutaten:	
1/2 Pfd. Butter	1 Pfd. Weizenmehl
1/2 Pfd. Zucker	1 Päckchen v. Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
1/4 Pfd. feingehackte Mandeln	Die abgeriebene Schale von 1/2 Zitrone
2 Eier	
5 g Zimt	

Zubereitung: Die Butter rührt man zu Sahne, fügt Zucker, Zucker, Eier, Mandeln, Zimt und zuletzt das mit dem Backin gemischte Mehl hinzu. Dann rollt man den Teig auf einem Backbrett messerrückendick aus, nützlichfalls flügel man noch etwas Mehl hinzu und steicht mit einem Blechformen Plättchen aus, die auf einem gutbutterten Blech knusperig gebacken werden. Es empfiehlt sich, das Gebäck in Blechformen aufzubewahren, damit es längere Zeit knusperig bleibt.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Wir vermeiden unsere merkwürdigen Vorkommen und Leser auf das der heutigen Ausgabe beiliegende Sondermaße bei Schokolade, Bäckerei, Kaffee, etc. 72. Das schönste Weihnachtsgebäck und empfehlen dasselbe besonderer Beachtung.

Bretten

Sozialdemokratische Partei. Sonntag mittag 3 Uhr findet im Württemberger Hof eine wichtige Mitgliederversammlung statt...

Baden-Baden

Bürgerausschuhung

Bei nahezu vollbesetztem Hause und überfüllter Tribüne begannen am Dienstag die Beratungen des Haushaltsplanes 1925/26 durch den Bürgerausschuh.

Mit dem Vorwärtsschreiten der Generaldebatte klärte sich jedoch zusehends das Bild, und mit Befriedigung dürfen wir feststellen, daß der von der Sozialdemokratie von Anfang an getretene Standpunkt als der allein gangbare und richtige erkannt wurde.

Bermischtes

Die Errichtung von Rundfunkanlagen im besetzten Gebiet gestattet

Wiesbaden, 16. Dez. Eine neue Ordnnanz der Rheinlandkommission befaßt, daß mit dem heutigen Tage die Anlage des Rundfunks im besetzten Gebiet gestattet wird.

Verbrannte Weihnachtspatete

Ulm, 16. Dez. Der Bahnpostwagen des Weihnachtspaketzuges München-Ulm ist während der Fahrt bei Dinkelscherben in Brand geraten.

ben in Brand geraten. Das Feuer griff so rasch um sich, daß von der ganzen Ladung, die aus etwa 1000 Paketen nach Württemberg und Baden bestand, nur 49 gerettet werden konnten.

Lobesurteil

Keensburg, 16. Dez. Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde gestern der ledige 43 Jahre alte Arbeiter Max Weinger von hier wegen vorläufiger Lösung zum Tode verurteilt.

60 000 Eier verbrannt

Halle, 16. Dez. Gestern nachmittag entstand in einem Keller, der einem Großhändler als Lagerraum diente, ein Brand, durch den 60 000 Eier verbrannt wurden.

Müchtoerich von Gememördern

Die „Voss. Zeitung“ meldet, daß in der Nacht zum Dienstag die in dem Landgerichtsgefängnis von Landsberg a. R. inhaftierten Mitalieder der „Schwarzen Reichswehr“ einen Mchtoerich unternahmen, der aber mißlang.

Mit zehn rumänische Soldaten erözren

Berlin, 15. Dez. Wie die Morgenblätter aus Bukarest melden, wurden 10 Soldaten, die in den Bergen bei Rimvolung auf Wache standen, erözren aufgefunden.

Erdbeichter D-Zugdiebstahl

Berlin, 16. Dez. Am 26. Oktober traf ein Goldwarenfabrikant aus Pforzheim mit dem D-Zug in Berlin ein und zeigte alsbald der Polizei an, daß ihm während der Fahrt ein Koffer mit Juwelen im Werte von 30 000 M gestohlen worden sei.

Mord und Selbstmordversuch

Saarbrücken, 16. Dez. Vor längerer Zeit war der Angestellte der Saarbrücker Bank J. B. Koch, David Koch, zusammen mit seinem Sohne nach Unterföhring von Saargebirgen nach Frankreich geflüchtet.

Schweres Explosionsunglück in Italien Rom, 16. Dez. In Viola in der Campagna entstand in einer Feuerwerksfabrik eine Explosion, wobei fünf Menschen ums Leben kamen.

Erneuter Schneefall in Italien

Rom, 16. Dez. Aus Turin und Genua werden Schneefälle gemeldet.

Straßenbahnunglück

Charlow, 16. Dez. Heute ereignete sich ein schweres Straßenbahnunglück. Beim Herabfahren von einer Anhöhe verlor die Bremse eines Wagens, der gegen ein Haus rannte.

Karlsruher Polizeibericht vom 17. Dezember

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag an der Straßenbahnhaltestelle am Marktplatz hier. Dort wollte ein 80 Jahre alter Privatier von hier während der Fahrt aus einem Straßenbahnwagen springen, in welchen er irrtümlicherweise gestiegen war.

Wasserstand des Rheins

Schifferinsel 58, Gef. 5; Reil 138, Gef. 4; Maxau 351, Gef. 5; Mannheim 232, Gef. 13 Zentimeter.

Lezte Nachrichten

Schwierige Finanzlage der Stadt Dortmund

Dortmund, 16. Dez. Zu einer Zeitungsmitteilung über die Zahlungsschwierigkeiten der Stadt Dortmund teilt der Städt. Presseamt mit, daß die Stadt im wesentlichen infolge der Unmöglichkeit einer Anleihebeschaffung und der Verzögerung des Steuerertrags genau so wie viele andere Gemeinden des Rheinisch-westfälischen Industriegebietes in eine schwierige Lage gekommen ist.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Heute Donnerstag abend 8 Uhr soll in der Aula im „Friedrichshof“ (Gartenstraße) Tagesordnung: 1. Vortrag des Kameraden Dr. Lehmann: Die staatsrechtlichen Grundlagen der Stellung des Reichspräsidenten.

Residenzspiele. Premiere! Ab freitag: Premiere! Die große Schünzel-film. Das erfolgreiche Lustspiel. Frach für 2 1/2 Stunden mit Lotte Neumann, Harry Liedtke, Kurt Vespermann.

Tanz-Lehr-Institut J. Braunagel. Badisches Landestheater. Die Räuber. Mäntel. Hosen. Windjacken. Eodenjoppen. Anzüge, Kuchstücke. Gamaschen. Reisekoffer.

Wohin wir auch wandern. Sepsokuh sind billiger wie die andern. Bis Weihnachten Extra-Preisvergünstigung. Schuh-Zepf.

Beste Bezugsquelle für Strickwaren. Anfertigung nach Maß, in jeder Form und Farbe. J. Schmidt, Kaiser-Allee 51.

Bucherer. Zimmermann. H. Maurer. Matragen, Bettzüge, Chaifelongues, Divans.

Bevor Sie Ihre Weihnachtseinkäufe in eleganter Herren-, Jünglings- u. Knabenbekleidung machen, überzeugen Sie sich bitte erst von der enormen Preiswürdigkeit meines gutsortierten Lagers. August Schindel jr., Hauptstr. 88.

Residenz-Lichtspiele
Waldstraße

Nur noch heute!

Der Herr Generaldirektor

Großes Film-Schauspiel in 6 Akten — Der Roman ist vom 9. Februar bis 14. April in der Badischen Presse erschienen

In der Hauptrolle: **Albert Bassermann**

Bellere Partell: Hanna Kalph
H. Ballentin, Kurt Selbermann
Alfred Abel, A. Sorina

Arbeiter-Ges.-Ver. „Eintracht“ Ettlingen

Sonntag, 20. Dezember, abends 7 Uhr, in der städt. Festhalle

KONZERT

Mitwirkende: Herr W. Eder-Karlsruhe (Cello), Herr Adolf Behle jun. (Bariton) Gesangliche Leitung: Herr Chorleiter Adolf Behle jun.

Anschließ. **Weihnachtsfeier** mit Theater, Gesang, Musik, hieran: Gabenverlosung u. Couplets

Hierzu laden wir unsere Mitglieder und die gesamte Bevölkerung freundlichst ein **Der Vorstand**

Eintrittspreise: Mitglieder 50 Pfg. Nichtmitglieder 1.- Mk. ohne Steuer — Vorverkauf: Emil Jäger, Friseurgeschäft und Gasthaus zur „Krone“

Touristenverein Die Naturfreunde Ortsgruppe Karlsruhe

Sonntag, den 20. Dezember 1925, im Festsaal des „Friedrichshof“

Nachmittags 2 Uhr: 6854

Kinder-Weihnachtsfeier mit Bescherung

Kinder haben das Vorrecht, Begleitung möglichst einzusparen

Abends 8 Uhr, im gleichen Saal: **Weihnachtsunterhaltung** für Mitglieder und Gäste zu Gunsten der Kinderfeier, unter gütiger Mitwirkung von **Director Hans Gum** u. **Karlheinz Adgele** Auserlesenes Programm. Keine Restauration

Eintritt 1.- Mk.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein **Die Ortsgruppe**

Pelze, Wollwesten, Kinderkleider werden wegen Aufgabe dieser Artikel mit **großem Nachlass** verkauft

Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe Wilhelmstraße 36 1 Treppe



HENSOLA

die reine geschmeidige **Polystyrolschmelze** eignet sich infolge ihrer **Reinheit, Gussfähigkeit u. Anhängigkeit** ganz hervorragend für die **Maßnahmenbestände!**

in 1/2 u. 1 kg Packungen in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Herstellerin: **Gebr. Hensel, Karlsruhe (Baden)**

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr **METH'S Bauerntheater** **Der Tugendpreis**

Jägerhaus Mühlburg
Hardtstraße 45a
Morgen Freitag

Schlachtfest

Spezial: Pflzer Bratwurst
Keine Weine, Barweller, das Viertel 35 Pfg.
Es ladet freundlichst ein **Ernst Spitzladen, Metzger u. Wirt.**

„Zum Salmen“ Am Ludwigsplatz
Telephon 2019.

Jeden Freitag **Schlachttag.**

Jeden Samstag ab 6 Uhr abends Schweinsfüßle.

Reichhaltige Schlachtplatten.

6849 **Frei Welfel, Metzger und Wirt.**

Badische Winzerstuben Karlsruhe

Nowackanlage 1, Ecke Baumelsterstr.
Straßenbahn-Haltestelle:
Stadtgarten-Vierordtbad — Festhalle
Telephon 6843

Erstklassige Weine / Gute Küche
Ausschank der badischen Winzergenossenschaften.

Heute Donnerstag **Schlachttag**

„Krokodil“ Karlsruhe

Jeden Montag und Donnerstag **Schlachttag**

J. Möloth.



HERMANN TIETZ KARLSRUHE

Prüfen Sie: Qualitäten und Preise unserer Weihnachts-Angebote

Piano Lang

zu besonders günstigen Bedingungen die Ihnen den Kauf möglich machen.

Kaiserstraße 167
Salamander-Schuhhaus.

Für Weihnachten!

Aus Wirtschaftsrestbeständen verkaufe ich:
Zigaretten: **Marcellis 3 Pl.**, **Schloß Rappart** und **Kosul 5 Pl.** Zigarren 8 und 12 Pl.

Kirsch- und Zwetschgenwasser einschl. Steuer zum Einkaufspreis 6848

Großmann, Schützenstr. 100 III.

Billige Strickwaren

Vom 15. bis 24. Dezember Verkauf von **Herren-, Damen-, Kinder-Westen, Pullovers, Kinderkleidchen, Gamaschenzüge, Strümpfe u. dergl.**

Maschinenstrickerei E. Engelhard
Gartenstraße 11

SEE-FISCHE

Frische

Eingetroffen
Direkt von der Nordsee!

2 Waggon Kabliau

kopfflos im ganzen Fisch **30 Pfd.**

im Anschnitt **32 Pfd.**

In der Weihnachtswoche fallen die regelmäßig. Fischsendungen aus, nächste Sendung trifft in der Woche zwisch. Weihnachten und Neujahr wieder ein.

Wo? kauft man **PELZE**

JACKEN / HÜTE zu staunend billigen Preisen! **Nur Zirkel 32**

1 Treppe hoch Ecke Ritterstraße

Kein Laden. **W. Lehmann**

Sonntag geöffnet von 11 Uhr ab

Süddeutsche Disconto Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe
Kaiserstr. 146, gegenüber der Hauptpost

Depositenkasse Markt (Bad. Handelshof)

Wechselstube Hauptbahnhof

Besorgung aller Bankgeschäfte

Geldeinlagen werden günstig verzinst

Schnelle Abfertigung durch Errichtung eines besonderen Schalters gewährleistet.

Frische **Süßbäcklinge**

Lachsheringe

PHANKO Pfannkuch